Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 66 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 23. August 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 197

Lohnerhöhung in der Sowjetunion

Ein Dekret der Regierung

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare hat folgende Verordnung erlassen:

„In Entgegennahme des Vorschlages des Zentralen Gewerkschaftsrates der Sowjetunion, der, anläßlich der Erneuerung der Tarifverträge, die Notwendigkeit betont, auf Grund der erzielten Erfolge in der Wirtschaftslage des Landes die Löhne zu erhöhen, beschließt der Rat der Volkskommissare der USSR. folgendes:

Zur Wahrung der Interessen jener Arbeitergruppen, deren Lohn zurückgeblieben sind, sowie im Interesse der größtmöglichen Wirksamkeit bei der Erhöhung der Löhne wird im Wirkungsbereich der Volkskommissare der USSR. für Arbeit eine Sonderkommission in folgender Zusammensetzung gegründet:

Vorsitzender: Der Volkskommissar für Arbeit der USSR., Genosse Schwernik. Mitglieder: Vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion: Genosse Dogadow (Stellvertreter Genosse Wladimirow); vom Planwirtschaftskommission der USSR.: Genosse Kuibyschew; vom Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauernkontrolle der USSR.: Genosse Janson; vom Obersten Volkswirtschaftsrat der USSR.: Genosse Quiering. (Stellvertreter Genosse Ginzburg); vom Volkskommissariat für Verkehrswesen: Genosse Charitonow (Stellvertreter Genosse Rudi); vom Volkskommissariat für Finanzen der USSR.: Genosse Kusnezow (Stellvertreter Genosse Sokolnikow).

Die Kommission wird beauftragt, den Umfang und die Fristen der künftigen Erhöhung der Löhne entsprechend den Quellen der Industrie und des Transportwesens innerhalb zweier Wochen festzustellen und zugleich jene Maßnahmen auszuarbeiten, die eine Hebung der Arbeitsproduktivität und eine Verringerung des unbefugten Fernbleibens von der Arbeit sichern.

Alle Staatsinstitutionen und Unternehmungen werden aufgefordert, bei der Erneuerung der Kollektivverträge die Beschlüsse der Kommission als Richtlinien zu betrachten.

Moskau, Kreml, 17. August 1926.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der USSR.
A. Rykow.

Stellvertretender Geschäftsführer des Rates der Volkskommissare der USSR.
J. Mirochnikow.

•

Die Verordnung steht im Zusammenhang mit dem bereits seit Monaten ausgearbeiteten und auch von uns veröffentlichten **Produktionsprogramm der Planwirtschaftskommission** für die nächsten fünf Jahre, das vorsieht, daß der **Reallohn der Arbeiterschaft bis 1930 um wenigstens 54 Prozent steigt und wenigstens das Einzelhandelsniveau der Friedensrealöhne erreichen soll.** Die angeführte Verordnung stellt nur einen Schritt dar zur Verwirklichung dieses Programms. Die Herren Sozialdemokraten und die Herren Korsch und Genossen werden lange Gesichter machen. Die „entschiedenen Linken" werden sich anmaßen, die Initiatoren dieser Verordnung gewesen zu sein. Sie täuschen sich. Diese Verordnung ist lediglich der Beginn der Verwirklichung des Produktionsprogramms der USSR.

Die bürgerliche Presse bläst ab

Warnung vor falschen Spekulationen über die „Zersetzung" der KPD.

Die „Hallischen Nachrichten" vom Sonnabend berichten in einem Artikel über den Ausschluß Ruth Fischers und Maslows. Im Kommentar dazu heißt es wörtlich:

„Trotzdem wäre es verfrüht, aus diesen Vorgängen zu weit gehende Schlüsse zu ziehen. Es handelt sich vorerst mehr um eine theoretische Auseinandersetzung mit den Führern. **Die Masse befindet sich, darüber sollte man sich keiner Täuschung hingeben, fest in der Hand der Parteileitung. Auch der „Vorwärts" räume das halb und halb** ein und meine vorsichtig, es stehe dahin, ob die Spaltung von großer zahlenmäßiger Auswirkung auf die kommunistische Organisation sein werde."

Es ist natürlich falsch, wenn die bürgerliche Presse meint, der Streit sei ein Streit der Führer und die Mitglieder hätten an ihm keinen Anteil. Das Gegenteil ist der Fall. Die auf der Tagesordnung stehenden Probleme werden von der **ganzen Parteimitgliedschaft** leidenschaftlich diskutiert. Aber **ein Wille** beherrscht die Parteimitgliedschaft. Die entlarvten Parteispalter durften keine Stunde länger mehr als Mitglieder der Partei gelten.

Das WTB. widerruft

Bucharin nicht in Berlin

Berlin, 21. August.

Die Meldung, daß der Chefredakteur der „Prawda", Bucharin, den man als den theoretischen Führer der Kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands bezeichnen kann, in Berlin eingetroffen sei, ist unrichtig.

Revolution in Griechenland

London, 22. August.

Reuter meldet aus Athen, daß dort eine Revolution ausgebrochen ist. Kondilis ist Herr der Lage. Admiral Paxinotis hat die Präsidentschaft übernommen und erklärt, daß Pangalos festgenommen werde, der in Spetzae aufhält. Die Garnisonen in der Provinz haben die neue Regierung anerkannt. Zu Blutvergießen ist es nicht gekommen.

London, 23. August.

Weitere Meldungen aus Athen ist die Zeitungszensur abgeschafft worden. Die Frau des General Pangalos hat Griechenland verlassen.

London, 23. August.

Reuter berichtet aus Athen: **Dem Zerstörer „Leon" gelang es, den Kreuzer „Pergamos" zu überholen und General Pangalos zu verhaften, der an Bord des „Leon" genommen wurde. Dieser ist in Kreta eingetroffen.**

Versuchtes Attentat auf Cook

Pressefehde zwischen Cook und Hodges

Der Bergarbeitersekretär **Cook** wurde während seiner Reise in Griechenland auf einer Eisenbahnstation **von faschistischen Demonstranten tätlich angegriffen.**

Die Presse hat Cook eine **scharfe Auseinandersetzung** mit dem Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, **dem Verräter Hodges.** Cook hielt es für richtig, in einer Presseäußerung die kämpfenden Bergarbeiter wieder anzugreifen. Er erklärte spöttisch nach dem Abbruch der Verhandlungen, daß die Bergarbeiter-Exekutive nach einem Streik Heute „genau so weit sei", wie im April. Es ist nichts gelungen, außer der Vergrößerung des Elends der Bergarbeiterfamilien. Dann empfahl er den Bergarbeitern, „die wirtschaftliche Lage in Betracht" zu ziehen, d. h. **vor dem Unternehmertum zu kapitulieren.** Cook antwortet in der Presse **sehr scharf** auf die Pressefehde Hodges und erklärt, daß die englischen Arbeiter **vergessen würden, daß Hodges der erste Gewerkschaftsführer** gewesen sein wird, der in der Oeffentlichkeit **für eine Verlängerung der Arbeitszeit** eintrat und die Unternehmer glauben machte, daß die Bergarbeiter **eine Verlängerung annehmen würden.** Im übrigen, erklärt Cook, habe Hodges mit dem englischen Bergarbeiterverband nichts zu tun, der Verband werde, gestützt auf den Willen der Bergarbeiter, **seine Politik selbst bestimmen.**

Die englische Bergarbeiterfront unerschüttert

Falsche Spekulationen der Bourgeoisie

Die bürgerliche Presse hat nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und den Grubenbesitzern ein altes Stichwort wieder aufgetischt, das die Front der Bergarbeiter erschüttern soll. Dies Stichwort heißt: **„Das natürliche Ende des Streiks".** Was die englische bürgerliche Presse ihren Lesern vorsetzt, kann die deutsche bürgerliche Presse ihren Lesern natürlich nicht vorenthalten. Und so sind die bürgerlichen Zeitungen der letzten Tage davon angefüllt, daß die **Bergarbeiter in vermehrter Anzahl zur Arbeit zurückströmten.** Die englische Regierung stehe Gewehr bei Fuß und warte das natürliche Ende des Streiks ab. Schon zu wiederholten Malen hat während des englischen Bergarbeiterstreiks die deutsche bürgerliche Presse **von dem Zurückströmen der Bergarbeiter in die Bergwerke berichtet und das natürliche Ende vorausgesagt.** Wenn jetzt dieses Stichwort der englischen Bourgeoisie erneut von der bürgerlichen Presse in Deutschland aufgenommen wird, so deshalb, um den drohenden Bergarbeiterkampf in Deutschland im Keime zu ersticken. Die Kapitalisten werden sich, wie früher, verrechnen. **Die Kampfstatt der englischen Bergarbeiter ist ungebrochen** und wenn eine **verstärkte Hilfsaktion** der Arbeiter der ganzen Welt, die in Deutschland mit der Kampfaufnahme gegen die Bergwerksbesitzer vereinigt werden muß, einsetzt, werden die englischen Bergarbeiter den Sieg davontragen.

30% Lohnerhöhung, 7-Stunden-Schicht unter Tage gefordert

(Eig. Drahtm.) **Bottrop,** 23. August.

Eine Bezirksversammlung des **Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer** beschäftigte sich u. a. mit der Kündigung der **Lohnordnung** und der **Arbeitszeitfrage.**

Nach lebhafter Aussprache wurden zwei Entschließungen eingebracht und angenommen, in denen die **Forderung nach einer 30prozentigen Lohnerhöhung erhoben** und außerdem gefordert wird, daß auch die anderen Organisationen sich diesem Vorgehen anschließen. Im Hinblick auf die gesteigerten Absatzmöglichkeiten und die **Gewinne der Unternehmer** wird weiter die **Kündigung des Arbeitszeitabkommens verlangt,** um den **Achtstundentag und die Siebenstundenschicht unter Tage zurückzugewinnen.**

Die deutschen Bergarbeiter vor der Entscheidung

Die Stunde des Kampfes ist gekommen

Nach 16 Wochen eines heldenhaften Kampfes, wie er in der Geschichte gewerkschaftlicher Kämpfe kaum je dagewesen ist, stehen die Bergarbeiter Englands entschlossen bei ihren Forderungen: Siebenstundenschicht, Reichstarif, Reorganisierung des Bergbaues. Die englischen Grubenbesitzer, die die ganze Macht des englischen Kapitals, die englische Regierung auf ihrer Seite haben, beharren mit der gleichen Hartnäckigkeit auf ihrer Forderung: Achtstundentag, Lohnabbau, distriktsweiser Abschluß der Tarifverträge. Wenn der Sieg im Bergarbeiterkampf noch nicht erkämpft wurde, wenn die Führer schon so weit waren, daß sie über Lohnherabsetzungen verhandeln wollten, so ist das — wir müssen das immer wieder verhandeln — ausschließlich die Schuld der reformistischen Gewerkschaftsführer in England und in den anderen Ländern der Amsterdamer Internationale.

Vor allem der Deutsche Bergarbeiterverband hat nicht das geringste unternommen, um die englischen Kameraden wirksam zu unterstützen. Und doch war die enge Interessengemeinschaft der englischen und der deutschen Bergarbeiter nie so augenfällig als gegenwärtig. Der Syndikus des Zechenverbandes, Dr. Holthöfer, hat erklärt, daß die gegenwärtige Situation für einen Lohnabbau „taktisch nicht günstig" sei. Das ist deutlich. Sollte es zu einer Niederlage der englischen Bergarbeiter infolge des Streikbruchs der deutschen Arbeiter kommen, dann wird das deutsche Grubenkapital nicht zögern, zum Angriff auf die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne überzugehen.

Die gute Konjunktur, die dem deutschen Zechenkapital Millionensegen, den deutschen Bergarbeitern verlängerte Arbeitszeit brachte, wird nach der Beendigung des englischen Streiks bald zu Ende gehen. Dann wird der brutalste Unternehmerangriff einsetzen.

Darum ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die deutschen Bergarbeiter in ihrem eigenen Interesse und zur Erfüllung der elementarsten Pflichten internationaler Solidarität zum Angriff übergehen. Was aber tut der Vorstand des Bergarbeiterverbandes? Er kündigt zum 1. August die Lohnordnung für Oberschlesien. Als diese „Aktion" durch Schiedsspruch erledigt war, wurde zum 1. September die Lohnordnung für das Ruhrgebiet gekündigt, nach einigen Zögern dann auch für Niederschlesien. In den anderen Revieren geschieht nichts. Das Arbeitszeitabkommen ist noch nirgends gekündigt. Die Verweigerung von Ueberschichten hat der Verband angekündigt, aber nirgends durchgeführt.

Mit diesen Methoden kann ein siegreicher Kampf nicht vorbereitet werden. Der Kampf muß in allen Bezirken einheitlich zusammengesetzt werden. Einheitliche Forderungen in allen Bezirken müssen in einem Reichstarif festgelegt werden.

Was sind nun die Forderungen, die durchgesetzt werden müssen, um den Grubenbesitzern die Arbeitsverschlechterungen und Lohnkürzungen im nächsten Winter unmöglich zu machen, um zugleich eine gemeinsame Kampffront mit den englischen Kameraden herzustellen?

Erstens muß ein Verbot der Ueberschichten, sei es auf gesetzlichem oder tariflichem Weg erkämpft werden.

Zweitens muß in allen Bergbaurevieren die Arbeitszeit auf das im Frühjahr 1919 gültige Maß herabgesetzt werden. Das ist für den Bergbau unter Tage sieben Stunden und über Tage acht Stunden.

Drittens muß in allen Revieren eine Erhöhung des Lohnes um durchschnittlich mindestens 20 Prozent durchgesetzt werden. Eine solche Lohnerhöhung ist gerechtfertigt durch die gesteigerte Leistung der Bergarbeiter, die erhöhten Gewinne der Unternehmer. Auch durch die gesteigerten Lebenshaltungskosten und Erhöhung der Mieten. Die Verschiebung in der Zahlung der Knappschaftsbeiträge macht ebenfalls eine Erhöhung des Lohnes notwendig. Das eine Fünftel, das der Unternehmer jetzt weniger und der Arbeiter mehr zahlt, hat der Unternehmer bisher in die Produktionskosten einkalkuliert. Der Arbeiter muß es jetzt aus seinem Lohn bezahlen und dem Unternehmer verbleibt es als Gewinn.

Viertens müssen die grundsätzlichen Forderungen neben allen übrigen Fragen wie Urlaub, Rechte der Betriebsräte usw. durch einen Reichstarif und eine Reichslohnordnung festgelegt werden. Was ein Reichstarif und eine einheitliche Lohnregelung für das ganze Reich wert ist, das sollen die deutschen Bergarbeiter erkennen an dem heldenhaften Kampf, den die englischen Kameraden gerade für diese Errungenschaften führen.

Fünftens muß mit den Metallarbeitern, die jetzt in der Nordwestlichen Gruppe ebenfalls das Lohn- und Arbeitsabkommen gekündigt haben, ein gemeinsames Handeln herbeigeführt werden.

Während die reformistischen Führer noch immer zögern, den Kampf für diese Forderungen aufzunehmen, ist die Arbeiterschaft endlich — nach langem, allzu langem Abwarten — zu selbständigen Handlungen übergegangen. Die Belegschaft der Thyssen-Schächte verweigert die Ueberschichten und ist nach acht Stunden ausgefahren. Die Bewegung greift um sich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0001

Bei zahlreichen Bergarbeiterversammlungen wurde der Verband aufgefordert, den Kampf um eine 20- bis 30prozentige Lohnerhöhung und um die Siebensituandenschicht unter Tage zu eröffnen. Der Verband hat bisher nur eine Erhöhung von 10 bis 12 Prozent gefordert und zur Frage der Arbeitszeit überhaupt nicht Stellung genommen.

Nun muß das Versäumte nachgeholt werden. Das erste ist die Verweigerung jeder Ueberschicht. Jede Tonne, die mehr gefördert wird, ist ein Schlag gegen die englischen Kameraden, gegen ihre hungernden Frauen und Kinder, ist ein Schlag gegen die erwerbslosen Bergarbeiter, die zu Zehntausenden auf der Straße liegen, ist ein Schlag gegen die deutsche Bergarbeiterschaft selbst, die die kurze Zeit der Konjunktur mit neuem Lohnabbau, mit neuer Arbeitszeitverlängerung, mit neuen Massenentlassungen bezahlen wird, wenn sie die Zeit nicht zu nützen versteht, solange sie günstig ist.

Pflicht aller Kommunisten ist es, die Bergarbeiter über diese Lage zu unterrichten, sie für die oben genannten Kampfforderungen zu gewinnen und so die Pläne des unersättlichen Grubenkapitals in Deutschland wie in England zum Scheitern zu bringen.

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Hannover

Wie sie sich drehen und wenden

(Eig. Drahtmeld.) **Berlin**, 23. August.

Hugenberg hat nach Hannover wieder einen Sonder-Berichterstatter gesandt, der in der Montagausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers" berichtet, daß die Kriminalpolizei dem oder den Attentätern schon auf der Spur sei. **In 24 Stunden würde die Angelegenheit aufgedeckt sein. (?!)** Die Hannoversche Eisenbahndirektion gibt einen Bericht heraus, in dem sie sagt, daß der **isolierte Zustand der Strecke nicht die Ursache des Unglücks sein konnte.** Wörtlich heißt es in dem Bericht: **„Man kann noch nicht sagen, daß eine Strecke betriebssicher sei, wenn man von den Schwellen Stücke versaulten Holzes abbrechen kann".**

Bürgerliche Presse widerlegt die Attentatsthese

Versaulter Schwellenbau

Mit der Untersuchung des **Eisenbahnunglücks bei Hannover** befaßt sich jetzt neben der Kriminalpolizei Hannover auch die von Berlin. Bereits heute gibt die Behörde bekannt, daß sie bei ihrer Untersuchung auch die **Möglichkeit eines Unfalls in Erwägung zieht** und nach dieser Richtung Ermittlungen anstellt. Die Attentatsthese hat also noch noch nicht zweimal 24 Stunden bereits einen Knacks. In der „B. Z. am Mittag" wird von einem Fachmann, der sich genau den Schwellenunterbau angesehen hat, berichtet, daß diese Schwellen vollkommen versault waren. Wörtlich heißt es dann in der „B. Z.":

„Unser Gewährsmann hat mit dem Stiefel bei ganz geringem Druck das faule Holz abbröckeln können, und zwar gerade an der Stelle, an der die Schiene auf der Schwelle gelegen hatte. Außerdem wird uns mitgeteilt, daß an der herausgerissenen Schiene Laschen noch vorhanden waren, die noch fest an der Schiene verschraubt saßen und daß in diesen Laschen die herausgerissene Schwellenschraube noch festsaß, die also aus dem Holz der Schwelle herausgerissen sein mußte. Das ist bei einer Schwelle mit gesundem Holz nicht möglich. Namentlich ist es unmöglich, daß eine solche Schraube undeformiert mit großer Gewalt herausgerissen werden könnte. Fachleute werden bestätigen, daß dieses Herausreißen, ohne daß ein Verbiegen der Schraube vorkomme, nur dann möglich sein kann, wenn das Holz der Schwelle nicht mehr gesund, sondern angefault ist.

Der Generaldirektor der Reichsbahn hat selbst erklärt, daß seit einem Jahr an der Strecke, wo sich der Unfall ereignete, keine Arbeit ausgeführt wurde."

Wie dagegen die Reichsbahndirektion mitteilt, hat sie **photographische Aufnahmen** an der Unfallstelle gemacht, die die Annahme der Reichsbahndirektion eines Attentats bestätigen sollen. Die Reichsbahn-Generaldirektion hat sich aber **gehütet**, solches photographisches Material überhaupt **zu veröffentlichen.**

Sie muß ja auch weiterhin an der Attentatsthese festhalten. Denn wenn sie zugibt, daß der Unfall durch den **schlechten Streckenzustand** verursacht ist, hat sie nicht bloß **hohe Entschädigungen** zu zahlen, sondern muß auch zugeben, daß die Anklagen der kommunistischen Presse berechtigt waren. Das kann Herr Dorpmüller selbstverständlich nicht.

Das Brot soll teurer werden!

Neuer Erpressungsversuch der Junker

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags stand am Freitag ein Antrag der Deutschnationalen und des Volksparteilers Sehr zur Beratung, der fordert, daß für die Getreideeinfuhrscheine für Getreideexporte, die vor dem 1. August 1926 getätigt sind, statt des bisherigen Zollsatzes von 3 Mark der am 1. August in Kraft getretene höhere Zollsatz von 5 Mark pro Doppelzentner zugrunde zu legen sei.

Hierdurch wollten die Antragsteller den Getreideschiebern, die vor dem Inkrafttreten der höheren Zölle Riesenmengen von Getreide aus dem Ausland eingeführt haben, einen Extraprofit von etwa 10 Millionen Mark zuschanzen. Der Brotpreis ist den Großagrariern immer noch nicht hoch genug. Sie lassen kein Mittel unversucht, um ihn immer weiter in die Höhe zu treiben.

Das Zentrum getraute sich jedoch, angesichts der Massenempörung in seinen Arbeiterkreisen, noch nicht recht, diesen Raubzug der Großagrarier ohne weiteres mitzumachen. Auch in der Deutschen Volkspartei war die Meinung über die Zweckmäßigkeit dieses neuen großagrarischen Versuchs ziemlich geteilt. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, für die Reichsregierung „keine bindende Erklärung abgegen zu können", da das Kabinett zu der Frage noch keine Stellung genommen habe.

Für die KPD. brandmarkte Genosse Höllein diese begünstigende Haltung der Reichsregierung und den neuen Versuch des Agrarkapitals, den hungernden Massen das Brot zu verteuern.

Da die Mehrheit für den deutschnationalen Antrag im Ausschuß noch nicht ganz sicher schien, vertagte man die Entscheidung über die Frage auf den 31. August. In der neuen Sitzung soll auch über die Heraufsetzung des Butterzolles verhandelt werden.

Ein „politischer Tee" der Reaktion

Zur Konzentrationswegung des Faschismus

(Eig. Drahtmeld.) **Berlin**, 23. August.

Der „Montag Morgen" berichtet von einer **Konferenz in Pommern**, die auf dem Gute eines **Herrn von Wedel** stattfand und als politischer Tee bezeichnet wurde. Es handelt sich um die Zusammenfassung aller reaktionären Organisationen. An diesem politischen Tee nahmen u. a. teil: **Ehrhardt**, Oberfinanzrat **Bang**, Justizrat **Claß**, der Brandenburger Stahlhelmführer, Mitglied des Preußischen Staatsrats, Freiherr **von Gusi**, der politische Reichstagsabgeordnete Jürgen von Ramin und eine Anzahl von **deutschnationalen Reichstagsabgeordneten.**

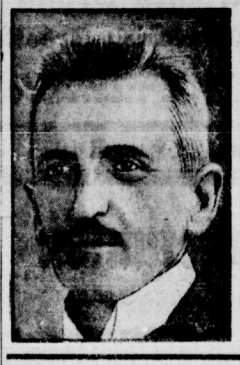
Hindenburg bei Eichorich. Hindenburg hat in München am Sonntag nicht Ludendorff besucht, sondern den Forstrat Eichorich, **der der Organisator der Orgesch war.**

Die Diktatur der Richter

Ein unerhörter Vorstoß deutscher Klassenrichter

In der „Deutschen Richterzeitung" vom 15. Juli veröffentlicht der Greifswalder Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Stampe einen Artikel „Oberstes Staatsziel und Einzelgesetz", worin er ganz offen die Selbstherrlichkeit des deutschen Klassenrichters über alle Gesetze und über die Verfassung proklamiert. Nach Stampe sei oberstes Staatsziel die Ermöglichung eines wirtschaftlich erträglichen und sittlich befriedigenden Zusammenlebens der Staatsangehörigen, und die Gesetze seien nur Werkzeuge zu diesem Zweck. Was dem obersten Staatsziel dient, darüber zu befinden habe allein der Richter; das Parlament habe dazu nicht die nötige Urteilskraft. Stampe erklärt wörtlich:

„Hieraus folgt nun, daß der Satz, der Richter sei an das Gesetz gebunden, unmöglich unbedingte Geltung beanspruchen kann. Gebunden ist der Richter ... schlechthin an jenes oberste Ziel des



Ebermayer

Ebermayer ist dem Proletariat nur allzu bekannt durch seine barbarischen Urteile, die er gegen Kommunisten in Leipzig gefällt hat. Tausend und mehr Jahre Zuchthaus hat dieser Oberreichsanwalt gegen Kommunisten gefällt. Deswegen ist er für würdig befunden worden, nachdem er infolge seines Alters pensioniert wurde, im Auftrage der Reichsregierung das Strafrecht zu „reformieren".

Wie diese „Reform" aussehen wird, kann sich jeder denken.

modernen Kultur- und Rechtsstaates. Gerade die unbedingte Bindung an jenes oberste Ziel führt notwendig dazu, daß man dem Richter die Freiheit zugestehen muß, nach pflichtmäßigem Ermessen **selbst zu entscheiden, ob ein Gesetz ... als solches tauglich sei, und die Anwendung des von ihm untauglich befundenen Werkzeuges zu verweigern."**

Das sind nicht etwa nur rein akademische Darlegungen, sondern Stampe zieht zugleich die konkreten Folgerungen. Stampe ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der Richter diese Selbstherrlichkeit besitzen müsse, da in den Parlamenten „der Sinn für die Notwendigkeit, jenes oberste Staatsziel zu verfolgen, zu wenig entwickelt" sei:

„Gerade in solchen Staatswesen ist jene Freistellung des Richters von der Befolgung des Einzelgesetzes besonders nötig. **Die Enteignung der deutschen Fürstenhäuser** durch Volksentscheid war ein klares Beispiel dieser Art ... Ist der Gesetzgeber solcher Schritte fähig, so muß sich der Richter ihnen gegenüber auf seine Pflicht zur Wahrung des obersten Staatszieles besinnen. **Der Umstand, daß ein solches Gesetz mit verfassungsänderender Mehrheit beschlossen würde, ist dabei für den Richter nicht maßgeblich."**

Solche Stampes bilden den Nachwuchs der deutschen Richter heran, und es nimmt daher kein Wunder, daß die deutsche Justiz nicht nur in der Frage der Fürstenansprüche, sondern in allen juristischen Fragen sich streb über die Bedürfnisse der Volksmassen und über die Beschlüsse selbst von Parlamenten hinwegsetzt, soweit diese Beschlüsse den Klassenrichtern nicht in den Kram passen. Allerdings hat noch niemand den reaktionären Absolutismus des Richters so offen proklamiert, wie dieser Greifswalder Stampe.

Die „Frankfurter Zeitung" gegen Külz

Zum abgelehnten Aufwertungsbegehren

Unter der Ueberschrift **„Gefährliche Argumente — Zum abgelehnten Volksbegehren der Sparer"** schreibt das erste Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 21. August zu dem von uns in der Sonnabend-Ausgabe zitierten Artikel des Innenministers Külz:

„Die Logik der Regierung ist: Ein Volksentscheid „über den Haushaltplan" ist nach Artikel 73 Absatz 4 der Verfassung der Initiative des Volkes selbst entzogen und nur der des Reichspräsidenten vorbehalten; da eine Neuregelung des Aufwertungsrechtes in den Haushalten des Reichs, der Länder und der Gemeinden starke Aenderungen verursachen würde, stellt der vom Sparerbund beantragte Volksentscheid ein Votum „über den Haushaltsplan" dar, ist also verfassungsrechtlich unmöglich. Herr Külz spricht das so aus: „Ein Gesetz, das die gesamte finanzielle Grundlage des Haushaltsplan materiell verändert ist, ist — inhaltlich — zweifellos ein Gesetz über den Haushaltsplan und deswegen dem Volksbegehren verfassungsmäßig entzogen." Diese extensive Interpretation der Verfassung ist geeignet, **einen für spätere Zeiten äußerst gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen.** Der Reichsminister des Innern möge uns **ein Gesetz nennen, das „inhaltlich" nicht den Haushaltplan beeinflußt** und dem gegenüber man nicht mit einiger Gewissensweite **mit demselben Argument vorgehen könnte,** wenn es von einer Gruppe von Staatsbürgern im Wege des Volksbegehrens verlangt würde. Wäre etwa **ein Schulgesetz oder ein Gesetz über die Abfindung der Fürsten nicht geeignet, die finanziellen Grundlagen des Haushaltsplans materiell zu ändern?** Was bliebe überhaupt noch übrig für den Bezirk der direkten Volksgesetzgebung, wenn einmal eine **deutschnationale Regierung den Spuren des Herrn Dr. Külz und seiner Ministerkollegen folgen und sich seine Argumente zu eigen machen wollte?** Die Regierung hatte ja selbst in dieser Frage früher ein **weniger gutes Gewissen:** am 6. Mai legte sie dem Reichstag **den Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid vor,** in dessen Artikel 1 sie vorschlug, unter die dem Volksentscheid entzogenen Gesetze alle diejenigen aufzunehmen, **„die die Folgen der Geldentwertung für vor dem 14. Februar 1924 begründete Rechtsverhältnisse regeln".** Im Artikel 2 sollte bestimmt werden, daß dieses Gesetz auf die Regelung der Auseinandersetzung der Länder mit den Fürstenhäusern keine Anwendung finden solle. In der Begründung sprach die Regierung aus, daß sich zur Vermeidung von Zweifeln eine Klarstellung durch eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung empfehle. **Dieser Entwurf ist dann, wie man weiß, von der Regierung selbst zurückgezogen worden, als sie sah, daß sie im Reichstag dafür keine qualifizierte Mehrheit finden werde.** Aber der Unterschied seiner Formulierung von der jetzt von der Reichsregierung gebrauchten Argumentation zeigt, **wie gefährlich der Weg ist, den die Regierung jetzt beschritten hat.** Damals hat sie den Kreis der Rechtsgebiete, die dem Volksentscheid entzogen sein sollen, in den Artikeln 1 und 2 sehr eng umschrieben; jetzt verkündet sie, **daß jedes Gesetz, das die gesamte finanzielle Grundlage des Haushaltsplans materiell verändere, ohne weiteres von einer Volksabstimmung ausgeschlossen sei. Wo sind die Grenzen, die bei dieser Logik den Vete der Regierung gesteckt sind?"**

Die „Frankfurter Zeitung", die immer fein durch die Blume spricht, gibt in dem zitierten Abschnitt ihrem eigenen Parteigenossen Külz eine derbe Lektion. Sie zeigt auf, wie Külz der Schrittmacher ist zur **Ungültigmachung der Verfassungsparagraphen über den Volksentscheid überhaupt, wie der derzeitige Republikaner durch diesen Präzedenzfall die eigene Verfassung [illegible] beseitigt,** auf die er noch am 11. August im Reichstag eine Rede **halten hat.**

Wieder ein völkischer Sozialdemokrat!

**Der sozialdemokratische Oberregierungsrat Schleusinger in Erfurt ist aus der SPD. ausgetreten. Jetzt erst wird [illegible] dieser musterhafte SPD.-Mann 1925 bei der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg stimmte, daß er am national-[illegible] Parteitag in Weimar teilnahm und einen wegen eines [illegible] artikels verurteilten Parteigenossen der Thüringer [illegible] denunzierte. Obwohl diese Leistungen doch schon längere [illegible] rückliegen, wurde ein Ausschlußverfahren gegen ihn [illegible] leitet, aber bisher nicht durchgeführt. Wahrscheinlich hätte er ruhig Mitglied bleiben können, wenn er nicht selbst [illegible] wäre. Bei Rußlandsdelegierten geht der Ausschluß rasch. Grüttner nicht auch Sehnsucht hat, dem Oberregierungsrat [illegible] finger zu folgen? *

Kein Rücktauf Eupen-Malmedys

Gescheiterte deutsch-belgische Verhandlungen

TU. **Paris**, 21. August.

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris" gibt eine Darstellung von den bekannt gescheiterten Verhandlungen über eine Rückgabe Eupen-Malmedys. Danach sollen mehrere Mitglieder des belgischen Kabinetts, wie Ouiard und Hymans, von Anfang an gegen einen solchen Vorschlag gewesen sein. Delacroix aber gelungen, Francqui für den Plan zu gewinnen, und die Verhandlungen wieder in Fluß gekommen seien. Im Verlaufe der Besprechungen in dieser Woche habe aber der belgische Ministerrat in Uebereinstimmung mit König Albert beschlossen, die Prüfung der Frage abzulehnen. Delacroix habe gefordert worden, die Unterredungen einzustellen. Schacht zu erklären, daß sich die Regierung weigere, in der Frage mit ihm zu verhandeln. Die Weigerung der belgischen Regierung sei endgültig und unumstößlich. Es [illegible] Grund für die Haltung der Regierung angegeben, daß die belgische Regierung zu ihrer Entscheidung durch die Haltung der französischen und englischen Regierung sowie des [illegible] rikanischen Agenten für die Reparationszahlungen, die [illegible] lich den deutschen Anregungen feindlich gegenüberstanden, [illegible] laßt worden sein. Die Angelegenheit sei nunmehr endgültig erledigt.

Zwischen der belgischen und deutschen Regierung [illegible] Monaten „inoffizielle" Verhandlungen durch die Vermittlung [illegible] Reichsbankpräsidenten Schacht über einen Rücktauf des [illegible] saller Vertrag an Belgien abgegebenen Gebiets um Eupen [illegible] medy vor sich. Deutscherseits wurde der belgischen Regierung [illegible] finanzielles Angebot gemacht, um den belgischen Franken zu [illegible] Ein solches Geschäft hätte den französischen und englischen [illegible] fluß in Belgien vermindert und für Deutschland zweifellos [illegible] Prestigezuwachs bedeutet. Das haben die „Locarno-Mächte" verhindert. Daß die belgische Annexion des zweifellos in [illegible] Mehrheit deutschsprachigen Eupen-Malmedy-Gebietes ein [illegible] rialistischer Räuberei ist, steht außer Zweifel. Daß die [illegible] regierung, wenn auch vorerst noch mit „diplomatischen" [illegible] und Geld an die Zurückgewinnung verlorener Gebietsteile [illegible] herantreten kann, ist ein Beweis des sich stärkenden deutschen [illegible] perialismus.

Diese Ansprüche des wiedererwachenden deutschen Imperialismus werden ebenso wie seine **Kolonialappelle zur Verschärfung der** [illegible] nationalen Lage, zur Zuspitzung von Konflikten führen, die [illegible] lich in einem **neuen Krieg** münden. Denn die kapitalistische [illegible] kann Fragen nur mit diesem blutigen Mittel lösen.

Wie der Streik sich in England auswirkt

London. Die Föderation der britischen Eisen- und Stahlfabrikanten veröffentlicht eine Statistik, die zeigt, wie der Kohlenstreik die Erzeugung von Roheisen und Stahl beinahe vollständig lahmgelegt hat. Von 147 Hochöfen, die bei Ausbruch des Streiks im Gange waren, arbeiteten Ende Mai noch 23. Ende Juni bis Ende Juli 8. Die Erzeugung von Roheisen und Stahl war im April bis Juli von 539 100 Tonnen bzw. 661 000 Tonnen auf 17 900 bzw. 32 100 Tonnen monatlich gesunken.

Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter

Berlin. In Berlin wurden bis zum 2. August auf die Sammellisten der IAH. zirka 35 000 Mk. für die englischen Bergarbeiter gesammelt.

•

Halle. In der am 21. August stattgefundenen Betriebsversammlung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes der Deutschen Deutschlands, die von 39 Vertretern besucht war, wurden 50 Mark für die sich im vierten Monat im Kampf befindenden englischen Bergarbeiter gesammelt.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Neue Entlassungen in der Werftindustrie

Nach Kieler Meldungen soll den gesamten Arbeitern und Angestellten der **„Howaldts Werke"** sowie der Werft zum 1. September gekündigt worden sein. Die „Howaldts Werke" befanden sich bereits seit geraumer Zeit in gewissen Schwierigkeiten. [illegible] soll aber eine Sanierung des Werkes stattgefunden haben. Entkündigt die **Howaldtswerft** die Entlassung von 350 Arbeitern. Auch in diesem, wie in allen anderen Stillegungsfällen, machte die proletarische Oeffentlichkeit **von den Gewerkschaften nicht gegebene Betriebsschließungen mobilisiert.**

Breitscheids Söhnchen ist nach Pressemitteilungen in Genf am Arbeitsamt des Völkerbundes angestellt worden. Die Vollbluthiebe und die häufigen Genfer Reisen Breitscheids sei, wenn [illegible] nicht vergeblich!

„Ein Mahnruf" verboten. Unser Bruderblatt die „Arbeiterzeitung" meldet, der neue russische Großfilm „Sein Mahnruf", der aus der gleichen Produktion stammt wie der bekannte Film „Kreuzer Potemkin" ist in Mannheim verboten worden.

Wechsel in der Leitung des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei. Dr. Carlson hat sein Amt als Vorsitzender des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei am Freitag niedergelegt. Die Neuwahl findet am 4. September statt. Voraussichtlicher Nachfolger dürfte Sanitätsrat medizinalrat Dr. Schnell-Halle sein.

Zurückziehung des Revisionsantrages Schwester Flessas. Schwester Wilhelmina Flessa, die vom Schwurgericht zu sieben Jahren Zuchthaus wegen Totschlages, begangen an dem Arzt Dr. Seiß, verurteilt worden war, hat, wie die „B. Z. am Mittag" meldet, ihren Revisionsantrag zurückgenommen. Wie sich die Staatsanwaltschaft [illegible] ebenfalls Revision eingelegt hatte, nunmehr verhalten wird, ist noch nicht bestimmt.

Revision im Volksopfer-Prozeß. Da die Angeklagten Kaufmann und Löffler von ihrem Rechtsmittel der Revision Gebrauch gemacht haben wird — wie die Blätter melden — der Volksopfer-Prozeß wahrscheinlich nunmehr in dritter Instanz den zuständigen Senat des Reichsgerichts beschäftigen.

Bevorstehende Reise Tschitscherins nach Paris. Laut Berliner „Journal Officiel" erwartet man, daß die Verhandlungen über die Regelung der russischen Vorkriegsschulden im Oktober in Paris wieder aufgenommen werden. Tschitscherin werde wahrscheinlich Ende September nach Paris kommen.

Das Ende des syrischen Aufstandes? Eine Agenturmeldung aus Beirut berichtet von der angeblich vollständigen Befriedung des Libanon. Die französischen Truppen hätten eine Generalsäuberung vorgenommen und das Zentrum der Aufständischen, Atrun, besetzt und diese vertrieben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0002

Das Zeugnis der Arbeiterdelegation

für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion

Heute, am 12. August, verläßt die zweite deutsche Arbeiterdelegation Moskau. Die Delegierten lösen sich in drei Gruppen auf, um nach allen Richtungen das weite Gebiet der Sowjetunion zu studieren. Die erste Gruppe begibt sich über Nischni Nowgorod die Wolga entlang über Kasan, Samara, Saratow nach Astrachan. Von hier geht es weiter über Baku in das Land von Georgien, nach Tiflis. Auf der Rückreise fährt diese Delegation die südliche Küste des Schwarzen Meeres entlang über Rostow und Taganrock. Am 14. September: Treffpunkt mit den übrigen Delegierten wieder in Moskau. Die Georgiengruppe wird in der Hauptsache die Gemische und Metallindustrie, die Fischindustrie und die Erdölanlagen studieren.

Die Krimgruppe, über Tula, Charkow, Donez, Ekaterinoslaw, Odessa, verweilt 8 Tage speziell im Erzgebiet des Donezbeckens. Rückkehr nach Moskau am 13. September.

Sehr viel wird besonders die dritte Gruppe unserer Delegation, die Uralgruppe, zu sehen bekommen. Das erstemal führt hier eine Arbeiterdelegation weit nach Sibirien vor, über Iwanowo, Wosnessensk, Jaroslaw, Wjatka, Perm, Swerdlowsk, Tumen, Omsk, Nowo-Sibirsk. Diese Abordnung wird besonders eingehend die Bauernfrage studieren. Des längeren verweilt sie im Kuznezbassin der Steinkohlenindustrie. Die Rückkehr geht über Ufa, Samara am 15. September nach Moskau.

Alle hat bereits das Reisefieber gepackt. Die Delegierten sind dabei, Vorträge innerlich zu verarbeiten, die Bucharin, Rykow und Tomski vor ihnen hielten. Darüber wird besonders zu berichten sein. Gewaltigen Eindruck machte das Auftreten Klara Zetkins bei den Delegierten. Im „Pallast der Arbeit" erschien die Genossin Zetkin in alter Frische. Auf viele Fragen gab sie ebenso feurige wie tiefschürfende Antworten. Mit der Ueberreichung eines Blumenstraußes und dem gemeinsamen Gesang der Internationale am Schluß dieser unvergeßlichen Versammlung wurde die Genossin Klara von der gesamten Delegation gefeiert.

Viele Delegierte drängt es, vor ihrer Abfahrt aus Moskau den deutschen Arbeitern von ihren weiteren neuen Eindrücken wissen zu lassen.

Ueber die Gewerkschaftsfrage

äußerte sich uns das Mitglied der SPD., der in Sachsen sehr bekannte Arbeitersekretär August Buchholz vom Maschinistenverband und Ortsausschuß Bautzen des ADGB. folgendermaßen:

Es ist müßig darüber zu streiten, ob die Gewerkschaften in der Sowjetunion vom Staate abhängig sind. Die russischen Gewerkschaftler wären ja Dummköpfe, wenn sie eine aggressive Einstellung gegen den Staat einnehmen würden, der von der Arbeiterklasse geschaffen, also ein Teil ihres Wesens ist. Sind denn etwa die russischen Gewerkschaften schlechter als die amerikanischen oder die in den anderen europäischen Ländern, daß kein Anlaß besteht, mit ihnen in die engste Verbindung zu kommen? Die besondere Stellung zum Staat hier entspringt eben und einfach der Tatsache, daß die Gewerkschaften es mit ihren Interessen in einem proletarischen Klassenstaat zu tun haben und nicht wie alle anderen Gewerkschaften gegen einen kapitalistischen Klassenstaat kämpfen müssen. Auf Grund meiner Erfahrungen würde ich es lebhaft begrüßen, wenn eine offizielle deutsche Gewerkschaftsdelegation möglichst bald nach Sowjetrußland käme. Ich glaube, daß dadurch manche Mißverständnisse, die einer einheitlichen Kampffront in Europa entgegenstehen, aus dem Wege geräumt würden.

Proletarische Demokratie in den Betrieben

Hierzu äußerte sich das Mitglied des Bergarbeiter-Verbandes, der parteilose Kollege Josef Schwarz aus Gnsdorf. „Mich wundert hier in den Betrieben, die ich besuche, das Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern, Betriebsrat und dem roten Direktor. Man sah hier reinste Demokratie und nicht Diktatur, denn es bestand ein vollständiger kameradschaftlicher Geist zwischen Belegschaft und Verwaltung. Was ambulante Behandlung anbelangt, so etwas habe ich bei uns im Saargebiet noch nicht angetroffen. Im Kupferwerk in Leningrad sah ich z. B. zwei Aerzte, einen Zahnarzt. Ich habe mich bei verschiedenen Arbeitern erkundigt, da ich sehr mißtrauisch war. Diese erklärten mir, daß die Zahnbehandlung, Plombieren, Anfertigung neuer Gebisse und dergleichen mehr während der Arbeitszeit und unentgeltlich erfolgt. Im Gegensatz zu unseren Kassen in Deutschland, wo wir ein Drittel der Anfertigung neuer Zähne zu bezahlen haben, außerdem, wie jedem bekannt ist, Behandlung außerhalb der Arbeitszeit. Dann hat auf mich das System der Wandzeitungen einen großen Eindruck gemacht. Dort werden alle Mißstände, die ein Arbeiter findet, unerbittlich gegeißelt. Also ein freies Wort und wahre Pressefreiheit im proletarischen Sinne ist hiermit den Arbeitskollegen zugesichert. So sieht die Praxis der Diktatur aus, die mir immer wieder auffällt."

Das Genossenschaftswesen

Das Genossenschaftswesen in Sowjetrußland macht einen großen Eindruck auf alle Delegierten. Das Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der SPD.-Kollege Oskar Feig, Vorsitzender eines Betriebsrates in Reusstadtel, möchte der deutschen Arbeiterschaft vorläufig hierzu folgendes sagen: „Ein Bild von intensiver Aufbauarbeit gewannen wir bei einem Besuch der allrussischen Zentralgenossenschaft. Die Organisation beruht auf fester und breiter Grundlage. Die Genossenschaft bildet die Brücke zwischen Stadt und Land durch den gegenseitigen Warenaustausch. Zahlen über die sich stetig entwickelnde Produktion und den ständig steigenden Umsatz beweisen, daß auf diesem Gebiet eine großen Erfolg versprechende Arbeit geleistet wird. Schon das Bestreben, möglichst mit eigenem Kapital zu arbeiten und sich immer mehr vom fremden Geld unabhängig zu machen, zeigt uns, daß die Leitung sich ihrer Aufgabe bewußt ist, die Interessen der Konsumenten auf eine feste sichere Basis zu stellen. Die Steigerung des Umsatzes ist so enorm, daß man annehmen darf, daß die Genossenschaften in aller Hinsicht jedem Konkurrenzkampf gewachsen sind. Man gewinnt vor allem den Eindruck, daß hier eine derartige Einrichtung preisregulierend resp. preisdrückend wirkt."

Lehrwerkstätten

Für die Lehrlingsheranbildung in der Sowjetunion interessierte sich besonders das Mitglied der SPD. Kurt Fabian vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in Radeberg in Sachsen. Fabian ist Vorsitzender seiner Ortsgruppe und Betriebsratsmitglied. Der Kollege stellt dieses fest: „Neben vielem anderen, was man hier täglich besichtigt und prüft, erscheint mir das Wertvollste die Aufmerksamkeit der Sowjetunion den Kindern und der erwachsenen Jugend gegenüber. Nicht damit genug, daß man dem bereits 18 Jahre alten Staatsbürger (ohne Unterschied des Geschlechts) volles Recht im öffentlichen Staatsleben einräumt, man ist darüber hinaus ernstlich bemüht, auch seine physischen und geistigen Fähigkeiten im Kollektiv unter Berücksichtigung aller individuellen Eigenarten zu fördern und zu stärken, zum Nutzen der proletarischen Klasse in Rußland. So beschäftigte ich in Leningrad eine Lehrwerkstatt, in der Aufnahme fanden Männer wie Frauen von 16 bis 25 Jahren. In jede Einzelheit wurden wir von dem leitenden Direktor, welcher 28 Jahre alt ist, eingeweiht. Bewundernswürdig erschien mir die straffe Disziplin, in dem jede Minute der Hebung der Produktion gewidmet ist, aber nicht nach deutschem Muster, wo man den Lehrling zur Verbilligung der Waren gebraucht, sondern indem man dem Lernenden durch eine gute pädagogische Behandlung seine Arbeitsfreudigkeit und damit selbst die Liebe zur Arbeit zu steigern versucht. Unter den Lernenden, bei denen sich 14 Prozent Mädchen befanden, war nach einer Aussprache mit ihnen keine Unstimmigkeit zu verzeichnen. Zu bemerken ist, daß ich die Aussprache in Abwesenheit des Direktors sowie der Meister führte. Bei einer Arbeitszeit von täglich sechs Stunden einschließlich der Pausen muß der Lehrling auch an sportlichen Uebungen teilnehmen, welche ebenfalls in die sechs Stunden eingerechnet sind. Ich hatte Gelegenheit, in Betrieben zu fragen, wo solche ausgebildeten Lehrlinge als Gehilfen beschäftigt werden; dort ist mir versichert worden, daß sie zu den qualifizierten Arbeitern des Betriebes zu rechnen sind.

Ueber irgendwelche Einzelheiten will ich nach meiner Rückkehr gern Auskunft geben, da mir eine Reihe von Zahlen sowie reine Darstellung der Arbeitsmethoden zur Verfügung gestellt sind."

Die physische Kultur

Besonders wird auf unserer Reise das Mitglied des Vorstandes der Delegation, der SPD.-Kollege Josef Lenz aus München, Vorsitzender des Ortsvereins der Kupferschmiede München. Lenz interessiert sich besonders für die Körperkultur in der Sowjetunion. Er stellt folgendes fest: „Der Körperkultur wird von der Sowjetregierung ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt. Gilt es doch die durch den Krieg, Revolution und die Hungerjahre geschwächte Jugend durch körperliche Ertüchtigung gesund und stark zu machen. Eine Besichtigung der Institute, Sportplätze zeugt von tiefer Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit für dieses wichtige Erziehungsmittel. In allen Betrieben, bei Armee und Flotte finden wir Einrichtungen, die musterhaft zu nennen sind. Ein besonderes Merkmal, wie auch beim deutschen Arbeitersport, ist die Verpönung der Heranziehung von „Kanonen", der einseitigen Ausbildung der Personen zu Rekordleistungen. Die physische Kultur bekämpft auch durch leicht faßliche Theateraufführungen Trunkenheit, Unsittlichkeit und Unreinlichkeit. Mögen die Bande, die in Leipzig zwischen der RSJ. und LSJ. geknüpft wurden, zur internationalen Verständigung der arbeitenden Klasse auch in anderer Hinsicht dienen."

Sozialversicherung

Ueber seine Eindrücke in der Sozialversicherung wünscht das Mitglied der SPD. Johann van der Meulen, Eisendreher aus Duisburg, erster Vorsitzender seines Betriebsrates, folgendes festzustellen: „Durch eingehendes Studium und Besprechung in den Versicherungsämtern von Leningrad und Moskau, welche sich vollinhaltlich mit den in den Betrieben von den Arbeitern eingezogenen Erkundigungen deckt, muß ich feststellen: Der Aufbau der russischen Sozialversicherung ist vorzüglich und dazu überaus einfach. Vor allem frei von bürokratischen Hemmungen. Die Krankenversicherung ist einfach vorbildlich und allen Anforderungen entsprechend: Vollständig freie Behandlung und dazu voller Lohn in Verbindung mit einer Menge von Nachsanatorien, Erholungs- und Kinderheimen."

Erziehungsfragen

Dazu äußert sich das Mitglied der demokratischen Partei Deutschlands, der Gewerbeoberlehrer Heinrich Krüger aus Stettin vom Verband der Preußischen Gewerbe- und Handlungslehrer, folgendermaßen:

„Welche Eindrücke ich von Rußland gewonnen habe? Darüber ließe sich tagelang reden. Ich werde mich aber beschränken und nicht etwa sprechen von dem Straßenbild der beiden Zentralen, die ich bisher studieren durfte, auch nicht von Industrie und Handel, obgleich dieses Thema dankbar genug wäre. Jedes Kind erkennt, daß es vorwärts geht mit der kaum erst angekurbelten Wirtschaft des Sowjetstaates. Allen Neunmalklugen zum Trotz. Ich möchte nur einige bescheidene Worte sagen zu dem Zuge im Antlitz des Arbeiter- und Bauernstaates, der mir als der typische erscheint. Und das ist die Sorge für das Kind, physisch und geistig, die Sorge um den Nachwuchs, als der Wechsel, den die neuorganisierte russische Gesellschaft auf ihre Zukunft zieht, die Sorge um Aufklärung und Bildung der Massen. Diese dem Beobachter auf Schritt und Tritt begegnende Sorge um die physische, geistige und moralische Hebung des Arbeiter- und Bauernvolkes, wird jedoch nicht empfunden als Resultat eines Kommandos von „oben her" (es gibt Staaten, in denen die seit mehr als hundert Jahren bestehende allgemeine Schulpflicht immer noch empfunden wird als lästige Polizeivorschrift), in dem jungen, mit Macht aufwärtsstrebenden Sowjetrußland ist der von innen herausgewachsene Plan einer wirklichen Volksbildung Volkssache in des Wortes tiefster Bedeutung. Man muß die Kinder, die Säuglinge gesehen haben, wohlgepflegt und gut genährt, und wenn die mustergültigen äußeren Einrichtungen solcher Anstalten auch für den Besuch von Fremden „gemacht" sein könnten („absurd ist es freilich, so etwas anzunehmen), die prächtigen Kinder zeugen gegen alle Potemkinsche Dörfer. In den mit den Krippen verbundenen Kindergärten für die Kinder im vorschulpflichtigen Alter, in den Kinderheimen, in denen vorwiegend die durch die imperialistischen und den Bürgerkrieg verwaisten Kinder Aufnahme gefunden haben, wird der kindliche Geist geweckt und gepflegt. Vorbildlich wird dort gearbeitet, und was hier bereits geschickt vorbereitet wird: das instinktive Hineinfühlen und Hineinleben in die neue Gesellschaftsordnung. Das wird durch die Pionierbewegung planmäßig weitergentwickelt. Die öffentlichen Schulen fügen sich ohne Zwang als etwas Selbstverständliches in den großen Rahmen hinein: Ein Unterbau, und von dort eine vielgestaltige Verzweigung, angepaßt den verschiedenen Begabungen und den Bedürfnissen des Arbeiter- und Bauernstaates. Und dann die Kulturarbeit der Gewerkschaften, die Kulturarbeit in den Leninecken der Betriebe und in den Dörfern — ein Heer von Kulturarbeitern ist dort tätig — und nicht zuletzt die Rote Armee, die infolge der allgemeinen Wehrpflicht jeden jungen Arbeiter und Bauern in ihre Schule nimmt und sie nach der Ausbildung, die zur Hälfte in geistiger Schulung besteht, als zuverlässige Pioniere zurückschickt in die Betriebe und auf das entlegene Dorf.

Das ist die „Einheitsschule" des Sowjetstaates! Eine Volkssache, wie es sich gehört. Ein Volk, das so begeistert arbeitet an dieser großen Aufgabe, das muß steigen!

Die Wirtschaft

Der sozialdemokratische Redakteur Dr. Ernst Bodin aus Saarbrücken beschäftigt sich besonders mit dem Studium der Wirtschaftsfragen der Sowjetunion. Auf Grund des Materials, das er bisher gesammelt hat, kommt er zu diesem Schluß: „Woher stammt die Kraft zu solchem wirtschaftlichen Aufschwung? Aus zwei Quellen: Planwirtschaft und Geist der Arbeiterschaft. Die erstere wird ja immer bei uns als unsäßig hingestellt. Hier in Rußland haben wir den Beweis für den mächtigen Antrieb, den sie der Wirtschaft zu geben vermag. Die zweite Kraft kennt nur der, der sie einmal erlebt hat. In kapitalistischen Ländern, in denen nicht der Mensch, sondern der Profit im Brennpunkt des ökonomischen Lebens steht, wird sie uns kaum bewußt. Anders im roten Rußland. Hier tritt sie in jeder Fabrik (und nicht nur in der Fabrik) geradezu greifbar in Erscheinung. Gewiß, der revolutionäre Elan der Bürgerkriegszeit ist verflogen. Aber geblieben ist in diesen Männern und Frauen und nicht zuletzt in den Frauen, ein selbstverständlicher Stolz zum Aufbau, ein sozialistischer Arbeitsgeist, der immer wieder Bewunderung einflößt. „Wir arbeiten ja für uns", diese Worte kann man von den Arbeitern öfter hören.

Etwas bleibt für jeden Sozialisten von der Reise durch dieses Land: Die Gewißheit, daß der kollektivistische Sozialismus keine Utopie ist, sondern Klassenwirklichkeit werden kann."

Der Stand der Parteidiskussion

Halle

Am 19. August stattfindende Straßenzellenmitgliederversammlung der Zellengruppe 10 stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD.

Insbesondere fordert sie von der Komintern als auch vom ZK. der KPD., daß sie ihre ganze Kraft einsetzen, die Einheit der KPD. und Komintern zu wahren, alle Fraktionsmacherei mit aller Schärfe zu bekämpfen und gegen den Versuch, die KPD. zu spalten, Stellung zu nehmen, die Spalter unbedingt aus der Partei auszuschließen.

Die Resolution wurde im ersten Absatz mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen, im zweiten Absatz einstimmig.

*

Am 18. August in Trotha stattfindende Straßenzellenmitgliederversammlung der Zellengruppe 18 erklärt sich mit den Beschlüssen der Bezirksparteiarbeiter-Konferenz zur russischen Frage einverstanden. Insbesondere fordert sie, daß das ZK. der Partei alles daransetzt, die Einheit der KPD. und der Komintern zu wahren und jede geplante Spaltung rücksichtslos zurückzuweisen. Die Zellengruppe 18 erwartet von der Zentrale, daß sie alle Fraktionsmachereien mit aller Schärfe bekämpft und zur Wahrung der Einheit der Partei mit aller Energie gegen die Spalter vorgeht. Aus diesem Grunde fordert sie von dem ZK. der KPD. den sofortigen Ausschluß von Ruth Fischer und Maslow.

Die Entschließung fand einstimmige Annahme.

*

Die Genossen der 4. Zellengruppe schließen sich den Beschlüssen der Bezirksparteiarbeiterkonferenz an. Sie verurteilen besonders jeden Schritt, der die Einheit der Partei stört, ganz besonders das Vorgehen von Ruth Fischer und Maslow, das zum Ruin der Partei führen muß.

18 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Stimmenthaltung.

*

Zellengruppe 12 stellte sich nach ausgiebiger und guter Diskussion einstimmig auf den Boden der Beschlüsse der Bezirksparteiarbeiterkonferenz.

Ammendorf

Die Ortsgruppe der KPD. Ammendorf kommt nach eingehender Diskussion über das Referat des Genossen Schröter zu der Stellungnahme:

Daß die Thesen der Opposition: Die Sowjetunion betreibe eine privatkapitalistische Politik, die Sowjetregierung und das ZK. der KPDSU. baue den Privatkapitalismus auf, sie treibe die 3. Internationale nach rechts in das Lager der 2. Internationale, eine vollständige Verdrehung des Leninismus und der geschichtlichen Tatsachen ist.

Die Mitgliederversammlung solidarisiert sich mit dem ZK. der KPD. im schärfsten Kampf gegen Parteizerstörer und Spalter der 3. Internationale und der Partei.

Für die Einheit der KPD.!

Für die Einheit der 3. Internationale!

Die Resolution wurde mit allen Stimmen gegen eine und einer Stimmenthaltung angenommen.

Achtung, „Klassenkampf"-Leser!

Wir weisen darauf hin, daß der Abonnementsbetrag stets im voraus an unsere Trägerinnen zu entrichten ist. Erleichtert die Einkassierung!

Werbt für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0003

Völkerbund statt Arbeiter-Internationale

„Ohne Völkerbund geht es nicht mehr."

Bisher haben die Sozialdemokraten der Arbeiterschaft immer wieder vorerzählt, daß eine Verwirklichung des Sozialismus unmöglich sei ohne vorangegangene Eroberung der Mehrheit in den bürgerlichen Parlamenten. Jetzt hat der geniale Marxist Kautsky noch eine weitere Entdeckung gemacht: ohne „Eroberung" der Mehrheit des Völkerbundes durch die Arbeiter gibt es keinen Völkerfrieden, keinen internationalen Sozialismus.

Wiederum sind es „linke" sozialdemokratische Zeitungen, die sich zur Propaganda dieser neuesten Irreführung der Arbeiter durch Kautsky hergeben. Die „Leipziger Volkszeitung" druckt als erste den Artikel Kautskys „Völkerbund und Sozialdemokratie" ab, in dem Kautsky auch das Gift des Zweifels an der internationalen Kraft der Arbeiterklasse den Proletariern einzuträufeln versucht.

Bisher behaupteten die Reformisten, daß der Völkerbund eins der Mittel sei, um „den Sozialismus zu entwickeln", wie Kautsky sich selbst ausdrückt. Kautsky predigt jetzt den Gedanken, daß die Internationale erst durch den Völkerbund überhaupt etwas werden kann. Er erklärt wörtlich:

„Die Internationale der Arbeiter wird durch den Völkerbund keinesweges überflüssig. Sie bekommt vielmehr durch den Völkerbund eine weit sichere Basis für ihre Entscheidungen, als sie bisher besaß."

Kautsky, der zu Beginn des Weltkrieges die Internationale als ein Friedensinstrument, aber nicht als ein Werkzeug zur Verhinderung von Kriegen bezeichnete, hat diesen Gedanken planmäßig entwickelt. Er gibt den Gedanken, daß auch in Zukunft nur die Arbeiterinternationale Kriege verhindern könnte, vollkommen auf:

„Es ist nicht daran zu zweifeln, daß, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, der Teil, der als der angegriffene erscheint, wieder die große Mehrheit des Volkes, auch der Sozialisten, hinter sich haben wird. Keinerlei Form der Internationale wird das verhindern können."

Nur noch der Völkerbund kann nach Kautsky Kriege verhindern; die Internationale wird es viel weniger tun können als der Völkerbund. Selbst Kautsky, der mit Scheuklappen an der Wirklichkeit vorüberläuft, kann dabei allerdings nicht übersehen, daß der Völkerbund heute der Spielball von miteinander streitenden Mächtegruppen ist. Aber er tröstet sich darüber hinweg: Selbst der Streit von Staatencliquen innerhalb des Völkerbundes sei noch immer besser als der Austrag ihrer Gegensätze mit Giftgasen, Fliegerbomben und Blockaden. Als ob der Streit im Völkerbund nicht gerade die militärischen Kämpfe der Staaten ermöglichen und vorbereitet und einleitet!

Kautsky hat aber noch einen anderen Vorschlag zur Verbesserung des Völkerbundes. Die Sozialisten müssen sich den Völkerbund erobern:

„Am leichtesten werden sich die sozialistischen Vertreter im Völkerbund zusammenfinden. Bleiben ihre bürgerlichen Gegenspielen, dann bekommt die vereinigte sozialistische Fraktion uneinigen Gegnern gegenüber eine größere Macht, als ihrer bloßen Zahlenverhältnis zwischen bürgerlichen und sozialistischen Stimmen entspräche."

In seinen Schlußsätzen konstatiert aber Kautsky wieder, daß es eine wirkliche Internationale noch nicht gibt und daß deshalb alle sozialistische Kritik am Völkerbund nur den Splitter im Auge der Bürgerlichen sehen, aber an den Balken im eigenen Auge nicht zu denken. Wie leicht übrigens die Sozialisten sich im Völkerbund verständigen werden, beweist die Tatsache, daß der französischen Sozialdemokratie der Sitz im Ständigen Weltgerichtshof, der Wortführers der bürgerlichen französischen Kriegspolitik. Es gibt keinen glühenderen Patrioten, als diesen französischen Sozialisten und Völkerbundsvertreter, der vor gar nicht langer Zeit die bekannten Hetzreden gegen die Sowjetunion hielt.

Dieser Artikel Kautskys ist im ganzen eine neue Bekräftigung des vollkommenen Bankrotts der sozialdemokratischen „Marxisten" in theoretischer und praktischer Beziehung. Die Politik, die 2. Internationale vor dem Kriege innehielt, wird von ihm aufgegeben zugunsten einer seichten, unmarxistischen Betrachtung und einer jeden revolutionären Willen im Keime erstickenden Praxis.

Deutschnationaler Vorstoß für monarchistische Einheitsfront

Der in Wesermünde vorige Woche abgehaltene Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Hannover-Ost nahm eine Entschließung an, in der er sich „angesichts des fortschreitenden Bolschewisierung des öffentlichen Lebens das ein-sammengehen aller reaktionären Parteien und für die Wiederherstellung einer großen Rechten" erklärt.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg:
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sitzung der Org-Abteilung mit Inkassieren am Montag, dem 23. August, abends 8 Uhr, im Bezirksleitungsbureau. Alle Genossen haben zu erscheinen.
Sitzung der Bezirks-Agitprop-Abteilung Montag, 23. August, abends 6½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Genossen haben zu erscheinen.
Sitzung der Bezirks-Frauenabteilung am Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, in der Bezirksleitung.
Passendorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, in den „Drei Linden". Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Referent der Bezirksleitung ist anwesend.
Röglitz. Mitgliederversammlung Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, auf dem Flugplatz. Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Referent der BL ist anwesend.
Ammendorf. Parteiarbeitersitzung am Mittwoch, dem 25. August, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Alle Genossen haben zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg und Umgegend. Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg" vierter Kursusabend. Auch Mitglieder, die bisher nicht teilgenommen haben, sind hiermit besonders zur Beteiligung aufgefordert.
Lützen, Großkugna, Altranstädt, Rüssen, Dürrenberg, Tollwitz, Gobulz. Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, im „Jeckschlößchen" vierter Kursusabend. Alle Mitglieder sind verpflichtet, teilzunehmen.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Sitzung der Gewerkschaftsabteilung der KPD. Montag, den 23. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
Delitzsch. Mitgliederversammlung Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Referent Genosse Baumgärtel.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Raguhn. Mitgliederversammlung Dienstag, 24. August, abends 8 Uhr, in der „Tonne". Jeder Genosse und jede Genossin hat zu erscheinen. Bücher mitbringen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Belgern. Mitgliederversammlung Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, bei Meyer. Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Referent Genosse Holzweißig. Zu erscheinen haben die Genossen der Ortsgruppen Belgern u. Starzeddel.
Elsterheim-Stolzenheim. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 25. August, abends 8½ Uhr, im Gasthof. Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Alle Genossen haben zu erscheinen.
Dommitzsch. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, in der „Küche". Thema: Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland. Referent Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sitzung der Stadtleitung Montag, 23. August, abends 8 Uhr, in der „Kaffeeschänke". Alle Genossen haben zu erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauleitersekretariat Nr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Dölchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Kameraden, organisiert die Fahrt nach Torgau zum Gauteilen am 5. September.

Untergau Halle-Saalkreis

Die Abfahrtszeiten bei der Fahrt zum Gauteilen am 5. September lediglich Sonderzuges sind:
Abfahrt Halle Sonntag, den 5. September, vormittags 7.30 Uhr.
Ankunft Delitzsch 7.58 Uhr, Abfahrt Delitzsch 8.03 Uhr.
Ankunft Eilenburg 8.27 Uhr, Abfahrt Eilenburg 8.30 Uhr.
Ankunft in Torgau 8.58 Uhr vormittags.
Rückfahrt ab Torgau 10.34 Uhr abends, Eilenburg Ankunft 11.03 Uhr.
Abfahrt Eilenburg 11.05 Uhr, Ankunft Delitzsch 11.30 Uhr.
Abfahrt Delitzsch 11.32 Uhr, Ankunft in Halle 12 Uhr nachts.
Wir ersuchen nochmals, die Einzahlung des Fahrgeldes bis Dienstag, den 24. August, im Gauleitersekretariat vorzunehmen. Der Fahrpreis beträgt Halle nach Torgau 3,80 Mk., Delitzsch nach Torgau 2,60 Mk., Eilenburg nach Torgau 1,60 Mk.
einschließlich Teilnehmerkarte.
Bitterfeld 1 (Ost). Montag, den 23. August, abends 8 Uhr, im Hartenberg-Kaffee Mitgliederversammlung. Regelung der Torgauer Fahrt.
Abteilung 3 (Westen), S. Kameradschaft. Dienstag, den 24. August, abends 1/28 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Pflichtversammlung.
Geschlossener Spielmannszug. Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr, Antreten Schwimme. Die Spielmannsführer veranlassen restlosen Erscheinen ihrer Gruppenspielleute.

Jungfront

Abteilung 3 (Westen). Montag, den 23. August, Versammlung. Alle Jungfront-Kameraden müssen unbedingt erscheinen.

Untergau Merseburg

Werbebezirk Geiseltal. Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, in Bedra Werbebezirksversammlung. Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder der Werbebezirksleitung eine Viertelstunde früher. Nur Schicht und Krankheit entschuldigt.
Mücheln: Antreten 7½ Uhr.
Neumark: Antreten 7½ Uhr.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Bennstedt. Donnerstag, den 26. August, in Bennstedt Gründungsversammlung des RJB. Ortsgruppe Bennstedt. Die Versammlung findet unter freiem Himmel statt. Der Werbebezirk fahnstedt hat sich daran gesellschaftlich zu beteiligen.

Untergau Bitterfeld

Wolfen. Dienstag, den 24. August, abends 6 Uhr, sämtliche Spielleute mit Instrumenten an der Baracken.
Wolfen. Mittwoch, den 25. August, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles erscheinen beim Kamerad Schinke.
Bitterfeld. Donnerstag, den 26. August, im „Gesellschaftshaus" Pflichtversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 25. August, abends 7 Uhr, Pflichtausmarsch vom Gewerkschaftshaus. Spielleute mit Instrumenten.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (II. Zimmer) Funktionärsitzung.
Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, den 25. August, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Jeder Mitglied muß erscheinen.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung. Harz 42/44

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilungen der BL.

Genossen! Rüstet zum Internationalen Jugendtag, der am 12. September in Bitterfeld stattfindet.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Genossen, beteiligt Euch an den Veranstaltungen Eurer Gruppe!
Montag. Alle im Arbeiter-Wanderbund organisierten Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, am Montag, dem 23. August, abends 1/8 Uhr, zu angesetzter Sitzung unbedingt zu erscheinen. Mitgliedskarte dient als Ausweis.
Montag, Gruppe Zentrum. Zehnerschaftsführer 1/8 Uhr beim Kassierer. Unbedingt erscheinen.
Genossen! Am 12. September findet in Bitterfeld unser 12. Internationaler Jugendtag statt. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, sich daran zu beteiligen. Zeichnet Euch sofort in die Listen ein. Selbige liegen Freitag in den Gruppen aus. Keiner versäume es.
Mittwoch Fällt Spielen aus, dafür Probe zum Jugendtag. Alle Mitglieder beteiligen sich restlos daran. 8 Uhr Produktiv-Genossenschaft.
Ammendorf. Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, in der „Post" Diskussionsabend. Thema: Wirtschaftliche Lage und Gewerkschaften.
Ammendorf. Donnerstag den 26. August, Funktionärsitzung.
Medewitz. Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Landesgrenze" Jungarbeiterschule. Alle Genossen der Ortsgruppen Schkeuditz, Modewitz, Freitoda müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, im Jugendheim (Kloster) öffentlicher Gruppenabend. Thema: Internationaler Jugendtag.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Dienstag, 24. August, Fortsetzung des Vortrages „Quer durch Rußland."
Hettstedt. Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Dorle.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" öffentlicher Gruppenabend.

Unterbezirk Wittenberg

Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Jugendheim (Schloßkaserne) Musikprobe des gesamten Unterbezirks zum Jugendtag.
Wittenberg. Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Jugendheim öffentlicher Gruppenabend. Thema: Internationaler Jugendtag.
Piesteritz. Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, Werbetour nach „Volkshain" Piesteritz. Treffpunkt sämtlicher Genossen, evtl. mit Instrumenten.
Piesteritz. Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr, im „Volkshain" Beginn der Jungarbeiterschule.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Zum Jugendtag in Bitterfeld fährt unsere Gruppe mit Lastautos gemeinsam mit Jungfront und JSB. Fahrpreis beträgt 2 Mk. Einzeichnen in den Versammlungen.
Weißenfels. Montag, den 23. August, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Dienstag, den 24. August, Schuhmacherlektion Theaterprobe.
Naumburg. Dienstag, den 24. August, abends 1/25 Uhr, im „Deutschen Haus" Mitgliederversammlung.
Zeitz. Dienstag, den 24. August, Lichtbildernortrag.
Zeitz. Donnerstag, den 26. August, Beteiligung an der Gewerkschaftsjugend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung i. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Montag, den 23. August, abends 6 Uhr, im „Volksport" Versammlung des Bezirks 4.
Halle. Dienstag, den 24. August, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 2 und 3.
Halle. Mittwoch, den 25. August, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung des Bezirks 1.
Genossen und Genossinnen, in diesen Versammlungen könnt Ihr Eure rückständigen Beiträge bezahlen.
Ammendorf. Dienstag, den 24. August, nachmittags 1/5 Uhr, im Heim Internationale Kinderwoche.
Zeitz. Montag, den 23. August, abends 6 Uhr, beim Genossen Lenz Sitzung sämtlicher Zellenleiter und Kassierer.
Zeitz. Dienstag, den 24. August, nachmittags 1/6 Uhr, Sportplatz Spielabend.
Weißenfels. Montag, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Funktionärsitzung statt. Hier müssen alle Zeitungen abgerechnet werden.

Bekanntmachung

I. Nachtrag
zur Gebührenordnung für die Benutzung des Friedhofes der Stadtgemeinde Delitzsch

Anhang, enthaltend die Vergütungen für die Tätigkeit des Begräbnispersonals und für sonstige Leistungen

1. Teil
Vergütung für Leistungen bei hzw. vor der Beerdigung

Ziffer 3 erhält folgende Fassung: Die Leichenfrau hat für den gesamten Leichendienst und die Hilfeleistung beim Fertigstellen der Kränze zu beanspruchen:

In der 1. Klasse: Für Erwachsene 10 Mk., für Kinder von 6 bis 14 Jahren 8 Mk., bis zu 6 Jahren 7 Mk.
In der 2. Klasse: Für Erwachsene 7 Mk., für Kinder von 6 bis 14 Jahren 5,50 Mk., bis zu 6 Jahren 5 Mk.
In der 3. Klasse: Für Erwachsene 5 Mk., für Kinder von 6 bis 14 Jahren 4 Mk., bis zu 6 Jahren 3,50 Mk.
In der 4. Klasse: Für Erwachsene 3,50 Mk., für Kinder von 6 bis 14 Jahren 3 Mk., bis zu 6 Jahren 2,50 Mk.

Falls ein Leichenbitter nicht hinzugezogen wird und dessen Funktionen der Leichenfrau übertragen werden, erhält diese für Mehrleistung die Hälfte des Betrages, der dem Leichenbitter zustehen würde (Ziffer 4).

Artikel II

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Delitzsch, den 3. Juni 1926. **Der Magistrat** (gez.) Unterschriften.

Delitzsch, den 15. Juni 1926.

Die Stadtverordnetenversammlung (gez.) **Unterschriften.**

Beschluß

Der von den städtischen Körperschaften zu Delitzsch am 3. Juni 1926/15. Juni 1926 beschlossene I. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Benutzung des Friedhofes der Stadtgemeinde Delitzsch wird hiermit genehmigt.

Merseburg, den 10. August 1926. **Namens des Bezirksausschusses.**
Der Vorsitzende. In Vertretung:
(gez.) Unterschrift.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Delitzsch, den 12. August 1926. **Der Magistrat.**

Nur Dienstag 1015
billiger Fischtag
weil Riesenfänge
Nur blutfrische Ware
in der
Nordsee
Gr. Ulrichstraße 58
Goldbarsch 19 ₰ ohne Kopf Pfund
Seelachs ohne Kopf ℳ 25 ₰
Kabeljau ohne Kopf ℳ 30 ₰
Kardonaden bratfert. ℳ 40 ₰
Ferner sehr preiswert:
ff. geräuch. Schellfisch ℳ nur 40 ₰
ff. Seelachs, Goldbarsch, Makrelen
Sprotten, Zeitdüchlinge, Flundern

Volksparkt
Burgstraße 27 Tel. 1107 u. 1
Morgen, Dienstag, abds. 8 Uhr
16. Sommer-Konzert
unter Mitwirkung des Sängerchors Ignatzka-Glückmann (Tenor)
Leitg. Musikdirektor Schlüpfkötter

WALHALLA
8 Uhr Tel. 6
Heute Montag:
Herausforderungskampf im freien amerikanischen Stil
(catch as catch can)
v. d. Born gegen **Steinke**
v. d. Born, ein Meister in dem Kampfart, hat Steinke zu einem Kampf gefordert u. dieser hat sich für seine Niederlage am Fremdenkampfer revanchieren zu können.
Bei viel. Kampf sind kämpf. Gefechte
Ferner kommen:
Luppa gegen **Arbach**
Revanche-Kampf bis zur Entscheidung
Pietro Scholz geg. **Grunewald**
Vorher: **Varieté-Teil**
Vorverkauf von 11 Uhr an

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 142
Wilk, Kranig
Neue Promenade 15

Junger Gärtner
zur Aushilfe gesucht
Off. unt. Nr. 3036
an die Exped. d. Ztg.

Kindermagen z. pfl.
Alter: March 31, II.

Ehrenerklärung.
Hierdurch nehme ich die Beleidigung geg. Frau A. Richter die auf Unwahrheit beruht, zurück
3040 **K. Klingner**

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Solbad Wittekind
Dienstag, 24. Aug., früh 7 u. nachmittags 4 Uhr
KONZERTE
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Pläg
Abends 8 Uhr:
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters unter Mitwirkung von
Dr. Friedrich Viol (Gesang)
Leitung: Benno Pläg
Mittwoch, 25. Aug., früh „Tanz"
Sinfonische Morgenmusik
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Konzerte
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Pläg

Lumpen
Papierabfälle, Bücher, Alteisen, Metalle, Zeitungen, Strumpfabfälle, Knochen, Schafwolle, Felle, Gummi usw.
zahlt Marktpreise
Theuring
Leipzigerstr. 24 — Gr. Brunnenstr.
Tel. 5650 Auf Wunsch frei Haus
Händlern Verdienstmöglichkeit entsprechend

Zurück!
Dr. Malbranc
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Gr. Steinstr. 59
Sprechstunden: 10—1, 4—7 Uhr

Alle Parteischriften Schreibwaren
empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Echte Trödel, Echte Familienstücke
Zum Sonnabendmarkt besonders schöne
Pa. reife Tomaten
Pa. Einlegegurken
Schock 1,00 Mark

Kohlen-Handelsgesellschaft
Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Merseburg. Montag, den 23. August, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Ergebnislose Lohnverhandlungen der mitteldeutschen Straßenbahner

Die am 18. August stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem positiven Erfolg geführt. Die geforderten 5 Pfennig Lohnerhöhung wurden abgelehnt und nur insofern trat eine Veränderung ein, als die jetzige Lohnstaffel mit 14tägiger Frist zum Lohnzahlungstermin kündbar ist.

•

Ergebnislose Lohnverhandlungen wohin man blickt. Kündigung der Lohntafel bei der Mansfeld A.-G., die Unternehmer weigern sich Lohnerhöhungen zu gewähren — jetzt können die Arbeiter warten. Lohnerhöhung für die Straßenbahner gibt es nicht — Streik ist die Weisheit der Gewerkschaftsführer am Rande. Gibt es wirklich keine anderen Möglichkeiten als das Warten auf die Entscheidungsbereitschaft der Unternehmer und das Anrufen des Schlichtungsschlichters?

Es gibt schon andere Möglichkeiten, man scheut sich nur, sie anzuwenden. Gerade in diesen Tagen des 25jährigen Bestehens der Bergarbeiterfachinternationale ist es ganz zweckmäßig, einmal an die Anfänge und den Aufstieg der Gewerkschaften zu erinnern. Damals wußte man den Unternehmer zu zwingen, wenn er sich weigerte, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Heute soll der Streik ein durch die Entwicklung überholtes Kampfmittel sein? Mit nichten, die Waffe des Streiks ist nach wie vor die mächtigste und einzig wirkliche Erfolge der Arbeiter garantierende Waffe. Aber diese Waffe muß natürlich den veränderten Kampfbedingungen entsprechend (große Unternehmerverbände, Vertrustung des Kapitals usw.) eine andere Anwendung finden als vor 25 Jahren.

Und dieses ist der springende Punkt. Die Gewerkschaftsführer halten den Streik höchstens als Kampfmittel kleiner Arbeiterkategorien gewertet wissen, aber nicht als Kampfmittel der gesamten Arbeiterschaft, bzw. deren ausschlaggebenden Teile (Schwerindustrie, Bergbau, Chemie, Verkehr). Ein Streik dieser, für das Wohlergehen des kapitalistischen Systems wichtigsten Arbeiterkategorien müßte nämlich, wie der Generalstreik in England zeigte, zu einem wirtschaftlichen in einen politischen Kampf, in den Klassenkampf umschlagen, an den Grundlagen der kapitalistischen Verwertungsmaschine rütteln.

Nur scheiden sich die Geister, Reform oder Revolution. Der Leitspruch unserer Vorkämpferin Rosa Luxemburg muß heute lauter denn je ertönen. Die Arbeiter werden sich angesichts der erfolglosen Taktik der Gewerkschaftsführer die Frage vorlegen müssen, ob nicht andere Wege im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gegangen werden müssen. Die Antwort kann dann nur lauten:

Gegen den Reformismus — für die Revolution!

Die Reformisten Gewerkschaftsarbeit sabotieren, ohne ausgeschlossen zu werden

Sechzehn tagte im Restaurant „Zur guten Quelle" die Sitzung des Bezirksausschusses Torgau des ADGB. Im Punkt Eingang wurde das Antwortschreiben vom Bezirksausschuß auf den Beschluß in voriger Sitzung, betreffs Schulung der Betriebsräte, verlesen. Der Bezirksausschuß lehnt in diesem Schreiben den Antrag auf Einberufung einer Betriebsrätekonferenz ab, da dann die Gewerkschaften die Verpflichtung hätten. Der BA. ist auf dem Standpunkt, daß eine Konferenz nicht angebracht ist. Es wurde Bericht erstattet von der Konstituierung des Gemeinderatsvorstandes, welcher wie folgt zusammengesetzt ist: Vorsitzender Kollege Böge, 2. Rößler, Kassierer Albert Schneider, Schriftführer Groß, als Beisitzer die Kollegen Kunzewitz, Kröbel und Kollegin Voigt. Es kommt nun darauf an, ob der Bundesvorstand diese Kollegen bestätigt. Die Ausschüsse sind zwar alle Gewerkschafter, aber auch alle, mit Ausnahme des Kollegen Groß, welcher politisch nicht organisiert ist, Mitglieder der KPD. Für den Bibliothekar sollen in der nächsten Sitzung Vorschläge gemacht werden.

Kollege Franke gibt darauf den Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen 249,75 Mark, die Ausgaben 241,00 Mk., mithin bleibt ein Kassenbestand von 8,75 Mk. am Schlusse des Quartals. Da die Abrechnung noch nicht geprüft war, wurde sie nicht genehmigt. Der Ausspracche darüber stellte sich heraus, daß der Kollege Franke für sämtliche abgemeldeten Gewerkschaften, welche alle im vorigen Quartal keine Beiträge abgeführt haben (der Fabrikarbeiterverband sogar zwei Quartale nicht) Beiträge an den Bezirk bezahlt hat. Da der Kollege Franke sein Amt schon vor der Zeit niederlegte und nur noch ordnungsgemäß abrechnen will, glaubte er, mit dieser Maßnahme zeigen zu können, daß er Torgau alles in Butter ist. Es wurde beschlossen, die Abrechnung zu verwerfen und gemäß der von den Gewerkschaften abgelieferten Beiträge eine neue aufzustellen. Weiter wurde beschlossen, das Quartal bis zum 15. im laufenden Quartal laut Mitgliederbuch im vergangenen Quartal die Beiträge an den Ortskassierer abzurechnen.

Da wieder die abgemeldeten Verbände nicht anwesend sind, wird beschlossen, daß der geschäftsführende Ausschuß einen letzten Appell an jeden Vorsitzende richtet, damit dieselben endlich ihren Pflichten nachkommen.

Zur Internationalen Werbewoche spricht Kollege Holzweißig und schlägt folgenden Arbeitsplan vor: Am 12. sämtliche Funktionäre der Gewerkschaften geladen werden zur Vorbereitung der noch fernstehenden Kollegen. Den Abschluß der Werbearbeit soll am 19. September eine öffentliche Kundgebung im „Bürgergarten" bilden, wo die kleinen Verbände, wie Bäcker, Fleischer und was sonst noch alles in Torgau ist, eingeladen und bearbeitet werden. Er verurteilt dann die Haltung des VDGB. im letzten Mitteilungsblatt, wo die KPD. wieder mit hineingerissen wird, weil auch sie ihre Mitglieder auffordert, sich intensiv an der Werbewoche zu beteiligen.

Kollege Schneider gibt dann bekannt, daß die Betriebsvertretung im Stahlw schon zum zweimaligem Erscheinen im Betrieb Erfolg gebracht hat. Statt zweier Maurer wurde ein Vorarbeiter ersten Ranges entlassen, der schon lange in diesem Betrieb im Unwesen getrieben hat und manchen ehrlichen Arbeiter vor die Straße brachte.

Dann wurde zum englischen Bergarbeiterstreik Stellung genommen. Die Aussprache ergab, daß die Delegierten vom ADGB. herausgegebenen Sammellisten begrüßen. Es wird aber scharf kritisiert, daß der ADGB. nicht von den Kollegen fordert, daß keine Streikbrecherkohle nach England geschafft wird. Im Torgauer Hafen sind allein 50 Leere Kähne mit einer Ladung von 600 000 Tonnen von den Umschlagplätzen der Elbe nach Torgau befördert, um dort Steinkohle zu laden. Diese wird nach Hamburg transportiert und von dort nach England verschifft. Es wurde beschlossen, die Sammellisten sofort an die Betriebsräte zu verteilen und binnen drei Tagen abzurechnen.

Der Bauarbeiterschutzkommission schlägt der Kollege Holzweißig vor, diese der Sparsamkeit wegen aus allen drei Orten zu bilden. Jedes Kartell soll einen Kollegen vorschlagen und diese sollen abwechselnd kontrollieren. Zu diesem Zwecke wird vom Regierungspräsidenten Ausweise beschafft werden. Vorschläge und gewählt werden: Holzweißig für Torgau, Kaiser für Dommitzsch und Walter Schmidt für Annaburg. Unter Punkt Verschiedenes verliest der Vorsitzende eine Einladung des RFB. zum Gautreffen in Torgau und bittet um rege Beteiligung. Die Sportorganisationen können in Sporttracht erscheinen und sollen alle Fahnen und Standarten mitbringen.

Die Lohn- und Tarifpolitik des DMV.

Auf dem in der vergangenen Woche in Bremen stattgefundenen Metallarbeiterverbandstag spielte die von der Opposition angeschnittene Frage der Lohn- und Tarifpolitik eine bedeutende Rolle. Der Gesamtverlauf des Kongresses weist eindeutig darauf hin, daß die Reformisten nicht imstande und auch nicht willens sind, ihren Standpunkt in der gewerkschaftlichen Taktik offen klarzulegen. Das Ergebnis der Debatte war eine Folge des Versuchs seitens des Vorstandes, die Fragen der Taktik zu umgehen und so wurde stillschweigend die Beibehaltung der bisherigen Politik in wirtschaftlichen Kämpfen beschlossen!

Diese Tatsache macht eine Erklärung und Verfolgung der Lohn- und Tarifpolitik des DMV. in den letzten acht Monaten, und zwar seit Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Deutschland notwendig.

Vorerst sei aber die allgemeine Lage der sozialen Kämpfe in Deutschland für die Zeit bis zur verschärften Krise zu besserem Verständnis der gegenwärtigen Situation kurz aufgezeigt.

1. Im November 1923 begann die erste große Unternehmeroffensive. Durch die Niederlage, die die Arbeiterschaft seinerzeit erlitt, war es dem Kapital ein leichtes, praktisch den Angriff auf den Achtstundentag durchzuführen, sowie eine Erhöhung der durch die Inflation niedrig gehaltenen Löhne nicht zuzulassen. Dieser Angriff wurde bis zur Annahme des Dawes-Gutachtens planvoll und mit Beteiligung fast aller wichtigen Unternehmerorganisationen vorgenommen. Abwehrkämpfe bleiben erfolglos durch die Zersplitterung selbst in den Reihen der organisierten Arbeiter, die eine Folge des Mangels einer Verbindung zwischen den einzelnen Berufs- und Bezirksverbänden ist.

2. Vom Herbst 1924 bis Mitte 1925 ist eine teilweise „Beruhigung" zu verzeichnen. Selten und vereinzelt werden Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen usw., die noch sogenannten Ueberreste der vorhergegangenen Kämpfe sind, vorgenommen. Im Juli bis Anfang September 1925 sind jedoch schon die Anfänge zu einer neuen organisierten Kapitalsoffensive zu finden.

Gleich mit dem Eintreten der Wirtschaftskrise Ende September 1925 treten die Angriffe häufiger und klarer zum Vorschein. Mit den Hinweis auf die krisenhafte Lage der deutschen Industrie, sowie gestützt auf die anwachsende Arbeitslosenarmee werden einerseits die Löhne stabil gehalten, während die Preise steigen, andererseits auch bei steigenden Preisen die Löhne gesenkt. In der Zeit vom September 1925 bis Ende Juli 1926 ist ein formährendes Anhalten der Unternehmeroffensive zu verzeichnen. Kein äußerlich können die Angriffe in dieser Periode insofern scharf umrissen werden, als im letzten Vierteljahr 1925 und im ersten Vierteljahr 1926 die Angriffe eine Senkung der Reallöhne größtenteils zur Folge haben, während seit April 1926, da die Preiserhöhung zum Stillstand kam, die Angriffe auf eine Senkung auch der Nominallohnhöhe ausgehen.

So ist die allgemeine Lage der sozialen Konflikte im ganzen Reich während der letzten Jahre, was auch die Reformisten nicht bestreiten können. Für die Metallindustrie besonders trifft diese Beschreibung der Entwicklungsstufen der letzten Arbeitskämpfe voll und ganz zu.

Im Oktober 1925 bis Februar 1926 sind in ganz Deutschland große Kämpfe zu verzeichnen, die fast alle mit Angriffen der Unternehmer eingeleitet werden und keine Gegenangriffe der Gewerkschaften als Antwort finden.

In der großzügigen Unternehmeroffensive auf die Löhne und Urlaubsbedingungen in der Metallindustrie seit März 1926 (Angriffe auf die Arbeitszeit sind nur vereinzelt vorgenommen, da der Neunstundentag und darüber zum sehr großen Teil bei früheren Kämpfen von den Unternehmern gefordert und eingeführt wurde) ist die Inangriffnahme eines starken Offensivplanes von dem konzentrierten Kapital zu erblicken. Weiterhin kann seit März beobachtet werden, daß mit Ausnahme einiger durch besondere Umstände hervorgerufenen Fälle die Gewerkschaften nicht die Forderung nach Lohnerhöhung stellen und vor allem ihre Kämpfe nicht verbinden und koordinieren.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines Artikels die Behandlung aller Kämpfe in den letzten acht Monaten, die von vom DMV. geführt wurden, oder selbst deren Aufzählung hier vorzunehmen. Daher sei nur das Ergebnis einer von mir vorgenommenen Durchsicht aller Lohn- und Tarifbewegungen seit Ende September vorigen Jahres hier kurz wiedergegeben:

Seit März 1925 werden fast überall die planmäßigen Angriffe der Unternehmer ohne auf Widerstand zu stoßen, vorgenommen. Fast niemals benutzen die Gewerkschaften die Gelegenheit, einen Tarif zu kündigen, sondern „atmen" direkt überall auf, wenn die Unternehmer es „vergessen", den Tarif zu kündigen. Kündigen jedoch die Unternehmer und werden von ihnen Forderungen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gestellt, so werden dieselben im großen und ganzen keine positiven Gegenforderungen der Gewerkschaften entgegengehalten.

Mit Ausnahme einiger besonderer Fehler einzelner DMV.-Bezirksleitungen trifft der schwerste Vorwurf die Verbandsleitung des DMV., da sie es bisher nicht unternommen hat, dem gut organisierten Unternehmerplan mit einer ebenso kräftigen Angriffs- und Abwehrtaktik entgegenzuwirken, nach der sich die einzelnen Bezirksleitungen richten sollten. Das führt mit zur Zersplitterung der Führung der einzelnen Kämpfe. Auch wurde es vom Verbandsvorstand unterlassen, auf die anderen freigewerkschaftlichen Organisationen und auf den ADGB. zur Herstellung einer stärkeren und festeren Abwehrfront gegen das organisierte Kapital zu wirken.

Wie gesagt, ist aus dem Ergebnis des Metallarbeiterverbandstages zu ersehen, daß eine Aenderung der Taktik nicht vorgenommen wurde, trotzdem die bisherigen Erfahrungen eine solche unbedingt notwendig machen.

Für die oppositionellen Mitglieder im DMV. heißt es daher, jetzt mit aller Kraft die noch von den Reformisten beeinflußten Mitgliedermassen auf die falsche und opportunistische Haltung des Verbandsvorstandes besonders in den Fragen der Lohn- und Tarifpolitik hinzuweisen. Erneut hat der Verbandskongreß in Bremen bewiesen, daß die Klarlegung einer den Unternehmerplänen entsprechenden Taktik für den Verband von diesen Führern, die nicht über die alten hinfälligen Vorkriegsmethoden des gewerkschaftlichen Kampfes hinausdenken können, nicht vorgenommen werden kann. Die neue Situation nach dem Kriege, die ein festorganisiertes Unternehmertum sowie eine Anhäufung der sozialen Konflikte mit sich brachte, verlangt von einer so bedeutenden Organisation, wie der DMV., eine der Lage der Dinge entsprechende Strategie und Taktik.

Nur die revolutionäre Opposition im Metallarbeiterverband arbeitet für die Klarstellung und Festlegung einer solchen Taktik, die einen großen Schritt vorwärts für den täglichen Gewerkschaftskampf bedeutet.

Darum stärkt die Opposition und kämpft mit ihr für den Ausbau des DMV. zu einer gewaltigen, die gesamte deutsche Metallarbeiterschaft umfassenden und schlagfertigen Organisation.

P. Rodin.

Zwei Tabakarbeiter berichten, wer den Austritt aus dem Ortsausschuß gemacht hat. Sie erklärten, **½ Jahr keine Versammlung gehabt zu haben**, so daß feststeht, daß der Kollege Fischer als Vorsitzender **die Abmeldung ohne Wissen der Mitglieder vorgenommen hat.** Diese haben ihn in der letzten Mitgliederversammlung, wozu sie den Gauleiter geladen hatten, **zum Teufel gejagt.** Zur nächsten Sitzung erscheinen die Delegierten wieder. Da auch die Kollegen Buchdrucker erschienen waren, wenn auch eine gute Stunde später, fordert die Kollegin Voigt diese auf, zu berichten und eventuell eine Erklärung abzugeben. Kollege Unger bezeichnet diese Anfrage als Salm, der nicht nötig wäre. Kollege Holzweißig fragt ihn, ob er Gewerkschaftsarbeit als Salm bezeichnet. Darauf sagt er, daß sie doch nicht in der Sitzung wären, wenn sie nicht gewillt wären, weiter mitzuarbeiten. Darnach Schluß der Sitzung.

Holzarbeiter fordern nachträgliche Finanzierung des Streiks!

Am 7. Juli trat einmütig und geschlossen die Belegschaft der Firma **Kuhlmann Söhne, Viersen** in den Streik, nachdem sie wiederholt vergeblich versuchte, die rückständigen Akkordlöhne ausgezahlt zu erhalten, zu deren sofortiger Bezahlung die genannte Firma schon im Februar durch Richterspruch verurteilt wurde. Statt Bezahlung dieser rückständigen Akkordlöhne erfrechte sich die Firma zu dem Versuch, den 15prozentigen Akkordzuschlag abzubauen. Die nach dem eingetretenen Streik gepflogenen Verhandlungen brachten der Firma die Unterbreitung folgender fünf Forderungen der kämpfenden Belegschaft:

1. Zurücknahme der Entlassungen.
2. Erhöhung der Akkordsätze für versch. Artikel, wie Betten usw.
3. Regelmäßige Auszahlung der Akkordlöhne.
4. Auszahlung der Prozente für die von Angestellten während des Streiks (Streikbrecherarbeit) fertiggestellten Arbeiten.
5. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Bei der vierten, am 17. Juli vor dem Arbeitsamt stattgefundenen Verhandlung erklärte sich die Firma zur bedingungslosen Anerkennung aller hier aufgestellten Forderungen bereit. — Während sich anfänglich die Gewerkschaftsangestellten gegen die von der Belegschaft durchgeführten Maßnahmen erklärten, mußte nach dem erreichten Sieg der örtliche Vorstand der Zahlstelle Viersen nachträglich um die Gewährung der Streikunterstützung beim Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes nachsuchen. Wie jetzt bekannt wird, hat der Hauptvorstand die Auszahlung der Streikunterstützung mit einer absolut nichtigen Begründung **abgelehnt.** Dies Verhalten der Verbandsleitung muß bei den Holzarbeitern in ganz Deutschland einen Proteststurm auslösen, zumal die Mitglieder der Ortsgruppe Viersen genau nach den Anweisungen der Verbandsleitung gehandelt haben. Denn sie wurden von ihrer Leitung stets aufgefordert, sich unter keinen Umständen während der tariflosen Zeit Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzwingen zu lassen.

Aus dieser sonderbaren Stellungnahme des Vorstandes ergibt sich für alle Mitglieder des Holzarbeiterverbandes die dringende Aufgabe, sofort in ihren Mitgliederversammlungen zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und in einer Entschließung vom Hauptvorstand die nachträgliche Auszahlung der Streikunterstützung zu fordern.

Wann darf ein tariflich festgelegter Lohn vom Unternehmer unterschritten werden?

Der „Bergarbeiter-Zeitung", dem Organ des Bergarbeiterverbandes, entnehmen wir:

Im Januar zahlte die Gewerkschaft Gottesseegen, Betriebsabteilung Gotteshilfe in Oelsnitz, einer Ortsbelegschaft von sechs Mann 28 Prozent aus. Der § 4 des Tarifvertrages für den sächsischen Steinkohlenbergbau besagt u. a. folgendes: „Für die Gedingearbeiter wird ein Mindestprozentsatz des Zusatzlohnes festgesetzt, der bei Durchschnittsleistung nicht unterschritten werden darf." Dieser Mindestprozentsatz des Zusatzlohnes beträgt im sächsischen Steinkohlenbergbau für Untertagearbeiter zurzeit 66 Prozent. Die Betriebsabteilung unterschritt damit den tariflich festgesetzten Mindestlohn um rund 100 Prozent. Das bedeutet für den Bolthauer eine Schädigung pro Schicht bis zu 1,40 Mk. Bei dem kargen Lohn, den die Bergarbeiter an und für sich erhalten, war diese Lohnkürzung eine ganz empfindliche Schädigung. Die Belegschaft wandte sich, da sämtliche organisiert waren, an die Bezirksleitung unseres Verbandes, die daraufhin beim Bergschiedsgericht Klage gegen die Betriebsabteilung Gotteshilfe wegen Nichtzahlung des tariflichen Mindestlohnes einreichte. Diese Klage wurde am 13. Juli verhandelt. Die Klägerin verlangte Ablehnung der Klage, da nach ihrer Ueberzeugung eine Minderleistung, erzeugt durch Arbeitsunlust der betreffenden Belegschaft, vorliege. Die Flözverhältnisse des betreffenden Arbeitspunktes seien äußerst günstig gewesen und bei einigermaßen gutem Willen zur Arbeit hätte die Möglichkeit, einen höheren Lohn zu verdienen, auch vorgelegen. Sie bitte daher, diese Klage als unberechtigt abzulehnen.

Die Kläger gaben zwar zu, daß die Flözverhältnisse des Arbeitspunktes nicht die schlechtesten waren, aber das Fehlen von leeren Hunden in den meisten Schichten sowie durch teilweisen Holzmangel zum Verbauen des Ortes seien die Voraussetzungen zur Ausnutzung der Flözverhältnisse nicht vorhanden gewesen. Die Kläger haben wiederholt die Beamten auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht und ihnen erklärt, daß unter solchen Umständen keine Leistung zu erzielen sei. Abhilfe sei aber nicht geschaffen worden.

Die Zeugen der Kläger bestätigten dies, während die Zeugen der Beklagten dies nicht abstreiten konnten.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß der Klage stattgegeben und die Betriebsabteilung zur Zahlung des tariflichen Mindestlohnes zu verurteilen sei. Das Gericht hat auf Grund der Beweisaufnahme eine bewußte und verschuldete Minderleistung der Kläger nicht als erwiesen anseben können, stellte aber fest, daß seitens der Betriebsleitung nicht alles getan wurde, um eine höhere Leistung zu ermöglichen.

Die Beklagte wurde daher verurteilt, die Kosten des Verfahrens zu tragen und den Klägern den rückständigen Lohn — rund 150 Mark — nachzuzahlen.

1500 000 englische Bergarbeiter kämpfen

in der siebzehnten Woche

für Beibehaltung der 7-Stunden-Schicht, gegen Lohnabbau,

für zentrale Regelung der Arbeitsbedingungen für die Grubenreviere,

für Reorganisation der unglaublich verlotterten Grubenbetriebe.

Kollege! Das sind auch Deine Forderungen.

Darum verhelfe Deinen englischen Kollegen zum Siege!

Von Deiner guten Meinung können sich die Frauen und Kinder der englischen Bergarbeiter kein Brot kaufen.

Du mußt sie materiell unterstützen!

Darum zeichne!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Rosenkavaliere

Das „Rote Kreuz" hatte gestern einen Papier-Rosen-Verkauf arrangiert, und da die meisten „Blumenverkäufer" dem weiblichen Geschlecht angehörten, konnte man denn auch viele solcher papierenen Kavaliere in den Straßen der Stadt sehen. Die Dummen werden nicht alle, und außerdem gibt es viele Menschen, die einem aufgeputzten jungen Mädchen schlecht eine Bitte abschlagen können. Im allgemeinen hatte der Rummel nicht den Umfang, wie man es bei ähnlichen Veranstaltungen in früheren Jahren, besonders vor dem Kriege, feststellen konnte. Vielfach wurde die Aufforderung zur Spende durch ein Kopfschütteln beantwortet, und die Inkonsequenten griffen nur zögernd in die Tasche. Wahrscheinlich machten sie sich Gedanken darüber, in wessen Tasche ihre Spende wohl fließen mag.

Während der Mittagszeit konzertierten auf dem Riebeckplatz, dem Hallmarkt und vor dem Stadttheater die Fischsten-Kapellen. Hier bot sich das übliche Bild. Männlein und Weiblein spazierten hin und her, teils, um sich in der ganzen Schönheit ihrer Sonntagskleidung zu präsentieren, teils suchten sie einen Partner, mit dem sie „zarte Bande" knüpfen wollten. Vom Stadttheaterbalkon herab sprach ein „Fröulein" etwas darüber, wie man die Not lindern wolle. Ein Gesangverein sang zwar nicht schön, aber dafür laut und lange. Auf dem Hallmarkt hatte „Geiferts Oskar" mit seiner Lehrlingskapelle sich aufgestellt.

Nun sind die Schäfchen wieder einmal geschoren. Uns ist nicht zweifelhaft, wer die Wolle erhält.

Gewerkschaftsfest

Am kommenden Sonntag findet das diesjährige Gewerkschaftsfest statt, an dem sich die gesamte hallische Arbeiterschaft beteiligt.

Die Teilnehmer am Festzug treffen sich am kommenden Sonntag, nachmittags 1 Uhr, auf dem Roßplatz. Dort wird der Festzug formiert. Als Festplatz war bisher die Peißnitz vorgesehen. **Der Magistrat zu Halle hat es jedoch in seiner bekannten, der Arbeiterschaft entgegenkommenden Weise abgelehnt, diesen Platz für den kommenden Sonntag zur Verfügung zu stellen, obwohl die Arbeiterportier auf der Peißnitz ihre wertvollen Darbietungen zeigen sollten.** Die heute im „Volkspark" stattfindende Sitzung der Festkommission wird daher über die Platzfrage anderweit entscheiden müssen. Das Hauptfest findet dann in den Räumen des „Volkspark" statt, in denen durch Konzert, Vorträge, Tanz, Kinderbelustigungen für den Geschmack und die Neigungen aller hallschen Arbeiter das Beste dargeboten wird. Auch eine Anzahl wertvoller Preise werden zur Verlosung gebracht werden.

Schon jetzt muß jeder Gewerkschafter sich in den Besitz einer Festkarte für 30 Pf. setzen. Die Gewerkschaftskassierer sowie die Volksbuchhandlung halten solche Karten zum Verkauf bereit.

Das Arbeiter-Sportkartell und der Arbeiter-Sängerbund haben gleichfalls ihre Mitglieder zur restlosen Teilnahme und Mitwirkung aufgeboten. **Der Erlös des Gewerkschaftsfestes soll Verwendung für die streikenden englischen Bergarbeiter finden.** Es muß daher erwartet werden, daß die gesamte hallsche Arbeiterschaft durch rege Teilnahme zum Gelingen des Festes beiträgt.

Die Schützlinge der Justiz

In der Nacht vom 4. zum 5. Juli fuhren vier Radfahrer von Müllerdorf kommend durch die Ortschaft Dölau. Zwei von diesen Radlern brannten kein Licht. Ein Radfahrer, der mit noch zwei anderen und einer Frau aus entgegengesetzter Richtung kam, rief der Radfahrergruppe im Vorbeigehen zu, daß sie doch Licht anstecken sollten. Ohne weiteres sprangen die Burschen vom Rade und im nächsten Augenblick krachte auch schon ein Schuß, der den einen Arbeiter in das Bein traf.

Dieser Tatbestand, den wir auch schon kurz nach dem Vorfall wiedergaben, bildete gestern die Grundlage einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht, vor dem sich **der Täter, Arbeiter Friedrich Musichik aus Lettin,** wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Musichik gehört zu jenen Subjekten, die auf Seite der Feinde der Arbeiterschaft stehen. Er und seine Kumpane geben an, von den Arbeitern angepöbelt zu sein, und da er auf einen Angriff rechnete, habe er lediglich einen „Schreckschuß", aus einer umgearbeiteten Armeepistole abgegeben. Die übrigen Beteiligten, die als Entlastungszeugen auftraten und teilweise das Hakenkreuz angesteckt hatten (sollte das ein Erkennungszeichen für die Richter sein?), sind der Landwirtssohn Ernst Schäfer, der Arbeiter Hölzer und der Malergehilfe Otto Wilke, sämtlich aus Lettin.

Schon die Anklagerede des Staatsanwaltes ließ erkennen, daß man wieder einmal ein mildes Urteil sprechen mußte. Der Anklagevertreter plädierte lediglich auf „fahrlässige" Körperverletzung und unbefugten Waffenbesitzes. Dementsprechend war auch das Urteil. Es lautete auf 2 Monate Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe wegen unbefugten Waffenbesitzes. Sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft werden außerdem noch in Anrechnung gebracht. Wegen weiterer Strafausschuß wurde dem Angeklagten, der die Annahme dieses „Urteils" mit einem freudigen „Ja" bestätigte, bedeutet, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden. Wir sind überzeugt, daß diesem schießwütigen Burschen von dort größtes Entgegenkommen gezeigt wird.

In diesem Zusammenhang soll noch mitgeteilt werden, daß erst vor ganz kurzer Zeit im selben Gerichtssaal ein Arbeiter wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einer saftigen Gefängnisstrafe von mehreren Monaten verurteilt wurde. Allerdings trug er kein Hakenkreuz und hatte auch keine Armeepistole, sondern ein einfaches Tesching besessen.

Bezeichnend für das „Gerechtigkeits"gefühl der hallschen Richter ist noch die Tatsache, daß sie, wenn Feinde der Arbeiterschaft auf der Anklagebank sitzen, sich gar keine Mühe geben, die Paragraphen des Strafgesetzbuches auf ihre Anwendbarkeit durchzusehen, wie es sonst der Fall ist. Scheinbar rechnen sie von vornherein damit, daß dem geschädigten Proleten das Strafmaß der einzelnen Paragraphen unbekannt ist, wie er ja auch über die herrschende Prozeßordnung völlig im Unklaren ist. Wir wollen hierzu folgendes anführen: Durch die Schußverletzung ist dem Arbeiter das getroffene Bein teilweise gelähmt. Jedenfalls kann er es in der gewohnten Weise nicht mehr gebrauchen. Dieses festzustellen und darüber ein ärztliches Gutachten einzufordern, hätte ebenfalls Aufgabe des Untersuchungsrichters sein müssen. **Für eine solch schwere Körperverletzung aber sieht der Paragraph 224 des StGB. eine Zuchthausstrafe oder zumindest eine Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahr vor.** Bei der Zumessung der Strafe ist in diesem Falle ganz nebensächlich, ob die Körperverletzung bewußt oder durch Fahrlässigkeit verursacht wurde.

Dem amtierenden Staatsanwalt scheint dieser Paragraph im Gesetzbuch zu fehlen, sonst hätte er ihn zur Grundlage seines Strafantrags machen müssen. Es liegt nun an dem geschädigten Arbeiter, sich ein ärztliches Attest zu beschaffen und mit diesem gegen dies auffällig milde Urteil Berufung einzulegen, denn daß diese nicht von der Staatsanwaltschaft erfolgt, beweist ja der Strafantrag auf „fahrlässige Körperverletzung."

Auch den Herrn Oberstaatsanwalt möchten wir auf diesen Fall besonders hinweisen. Es bietet sich hier gute Gelegenheit, durch Revision eine schamhafte Blöße der Justiz zu verdecken.

„Volkspark". Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr findet das 16. Sommerkonzert unter Mitwirkung des Sängers Ignasche Glückmann statt. Es kommen außerwählte Lieder zum Vortrag, so daß dieser Abend sehr genußreich sein wird.

Die Katastrophe des D-Zuges Berlin–Köln

Betrachtungen eines ehemaligen Lokomotivheizers

iz. In keinem anderen deutschen Reichsbetriebe haben amerikanische Verhältnisse in so umfangreichem Maße Platz gegriffen, wie **man das bei der Reichsbahn feststellen kann.** Seitdem die Reichsbahn mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien (einschließlich der Sozialdemokraten) in eine privatkapitalistische Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, zeigen sich die amerikanischen Betriebs- und Ausbeutungsmethoden nicht nur im inneren Verwaltungsapparat, sondern auch in der äußeren Betriebssicherheit der Reichsbahn. Von einer Betriebssicherheit im Sinne des Wortes kann überhaupt keine Rede mehr sein. Selbst während des Weltkrieges, der doch durch die permanenten und zahlreichen Truppentransporte den Betrieb der Eisenbahn im nie gekannten Maßstabe belastete, hat sich in Deutschland niemals ein so folgenschweres Unglück ereignet, wie wir es jetzt auf einer Hauptstrecke zu verzeichnen haben. Obwohl auch damals viele Eisenbahnbeamte durch Einberufung zum Heeresdienst ihre Arbeitsplätze verlassen mußten und das im Gebrauch befindliche Kriegsmaterial Eisenbahnunglücksfälle geradezu hätte mit sich bringen müssen, bleiben die Zahl und die Schwere solcher Katastrophen doch weit hinter denen zurück, wie man sie in der letzten Zeit im Betriebe der Reichsbahn-Aktien-Gesellschaft verzeichnen mußte. Diese eine Tatsache beweist allein, wie rücksichtslos und brutal die Rationalisierungsmethoden, die allein die Schuld an so entsetzlichen Katastrophen tragen, angewandt werden.

Die bürgerliche Presse versucht, scheinbar inspiriert von der Reichsbahndirektion, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, daß es sich bei der Ursache der Katastrophe des D-Zuges Berlin—Köln, die sich unweit des kleinen Städtchens Gifhorn am Rande der Lüneburger Heide ereignete, um ein verbrecherisches Attentat eines oder mehrerer Bahnfrevler handele.

Wenn von verantwortlicher Seite eine solch positive Behauptung aufgestellt wird, muß man annehmen, daß diese Stellen auch untrügliche Unterlagen für ihre Behauptungen zur Hand haben. Sieht man sich aber diese „untrüglichen Beweise" einmal etwas näher an, dann muß jeder, der auch nur über geringe Kenntnisse des Eisenbahnbetriebes verfügt, mit beispielhaften, daß von sachlichen Beweisen für einen Bahnfrevel nichts zu finden ist. Man beruft sich beispielsweise auf einige an der Unglücksstelle gefundene Muttern und Schrauben, die nach der Ansicht einiger Ingenieure hätten beschädigt sein müssen, wenn sie nicht vorher zur Lockerung der Laschen und der damit verbundenen Schienen bewußt abgeschraubt sind. Solche Ansichten sind nichts weiter als Spiegelfechtereien. Die Streckenwärter, die nach Angaben des Reichsbahndirektors auch auf dieser wichtigen Strecke abgehaut wurden, haben ja hauptsächlich die Aufgabe, auf solche Muttern und Schrauben zu achten, die sich durch die Erschütterungen der über die Schienen donnernden Züge sehr leicht und regelmäßig von selbst lösen. Wäre die selbsttätige Lösung solcher Schrauben nicht möglich, dann wäre der Dienst eines Streckenwärters auch schon in früheren Jahren ziemlich hinfällig gewesen. Für jeden Kenner des Bahnbaues besteht aber gar kein Zweifel, daß sich Muttern und Bolzen ganz besonders an den Stoßstellen der Schienen von selber lockern und bei ungnügender Aufsicht müssen durch das unterbliebene Nachziehen solcher Schrauben logischerweise Unglücksfälle die Folge sein.

Untersucht man aber die Schuldfrage der Katastrophe nach der anderen Richtung hin, dann ergeben sich Merkmale, die mit viel mehr Sicherheit auf die Schuld der Reichsbahndirektion hinweisen, die durch ihre rigorosen Abbaumaßnahmen die bahntechnische Sicherheit und damit das Leben vieler Reisender in skrupelloser Weise gefährdet. Der Reichsbahndirektor hat nach Meldungen der bürgerlichen Presse selbst zugegeben, daß der Dienst der Streckenwärter auf der Unglücksstrecke wie überall erheblich eingeschränkt wurde. Während diese Strecke früher beispielsweise innerhalb 24 Stunden zwei- bis fünfmal kontrolliert wurde, ist sie in der letzten Zeit in 24 Stunden nur noch einmal begangen. Rechnet man weiter damit, daß es wahrscheinlich ist, daß ein Streckenwärter infolge des überanstrengenden Dienstes nicht die nötige Aufmerksamkeit gewahrt hat, dann ist es nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich, daß sich im Laufe von ein oder zwei Tagen die Verbindungslaschen haltenden Muttern soweit gelöst haben, daß damit das Unglück geschehen mußte.

So lange es den Untersuchungsbehörden nicht gelingt, den unumstößlichen Beweis für einen vorliegenden Bahnfrevel zu erbringen, so lange darf sich die Allgemeinheit, die letzten Endes die Profitgier der Reichsbahnaktionäre mit ihrem Blute bezahlen muß, durch die bürgerliche Presse nicht irritieren lassen. Sie muß kategorisch fordern, daß endlich und endgültig Schluß mit den Rationalisierungsmethoden im Betriebe der Reichsbahn gemacht wird.

Zwei Eisenbahnwagen bei Halle entgleist

Es ist niemand zu Schaden gekommen, aber es hätte sehr leicht ein größeres Unglück daraus entstehen können, als am Montag früh zwei Eisenbahnwagen in der Nähe von Dieskau entgleisten. Der Vorfall hatte sich folgendermaßen abgespielt: Auf der Strecke Leipzig—Halle hatte sich der Wagen eines Güterzuges heißgelaufen. In Dieskau wurde deshalb der Zug abgehängt, der betreffende Wagen wurde auf ein Nebengleis gestellt. **Plötzlich setzten sich die abgehängten Wagen in Bewegung und fuhren auf den vorderen Teil des Zuges auf, wodurch zwei Wagen entgleisten.** Das Hauptgleis mußte auf vier Stunden gesperrt werden.

Der Vorfall ist wieder ein typischer Beweis für die Unsicherheit auf der Eisenbahn, die sich erst vor wenigen Tagen in den furchtbaren Katastrophen bei München und bei Hannover gezeigt haben. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, in welchen Umständen die Schuld dafür zu suchen ist, und wenn wir heute

die Pressestelle der Reichsbahndirektion jede Auskunft über den Vorfall verweigert,

so kann das schlechte Gewissen bei den Beherrschern der Reichsbahn nicht mehr zweifelhaft sein. Diesen Methoden, die so geradezu zu einer Art Geheimdiplomatie ausgewachsen haben, muß gründlich der Garaus gemacht werden.

Dawesierungs-Experimente

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Dawesierung der Eisenbahn forderte im Laufe der Jahre schreckliche Opfer. Bald ein Zusammenstoß oder falsche Weichenstellung, Entgleisung u. a. m. Die Rationalisierung spielt eine große Rolle. Die Stellwerke, die bisher mit 2 bis 3 Beamten besetzt waren, müssen mit 1 bis 2 Beamten ihren Dienst versehen und diese werden dabei zu jeder Minute angetrieben. Die Befehle kommen von „oben", der Unwille der betreffenden Beamten, oder die guten Ratschläge der unteren Beamten werden nicht berücksichtigt. In dieser Hinsicht sind jetzt die Herren Direktionsbeamten von Halle gründlich belehrt worden.

Seit einer Reihe von Monaten wird der Güterbahnhof nach dem Diemitzer Gelände zu erweitert. So ist auch der Rangierbetrieb völlig umgeändert worden. Die gesamten Gleise sind verlegt. Ich besah mir die Anlage in den ersten Tagen dieses Monats. Die Loren rollten den Rangierberg herunter, um an der kleinen Biegung mit Bremsschuhen, je nach Bedarf, in langsamerem Tempo weiter zu fahren. Nunmehr liegen neben solcher Gleise nebeneinader, dazwischen steht ein Tisch mit Bremsschuhen und ein Beamter. Ich konte beobachten, wie auf dem ersten Gleis die Bremsschuhe richtig arbeiteten, dieweil der Bremsschuh auf den kurzen Bogen gelegt worden war, um selbiger nach kurzem Bremsen in eine Molle zu fallen. Auf dem zweiten Gleis dagegen wurde auf dem großen Bogen gebremst. Kaum hatte die Lore den Schuh erreicht, sofort flog dieser mit großer Wucht weg, die Beamten spritzten entsetzt auseinander um nicht verletzt zu werden. Das wiederholte sich öfter, es flogen die Schuhe bis an das andere Gleis hinüber.

Mein Weg ging gestern wieder an den Platz, um zu sehen, wie weit dem Uebelstand abgeholfen ist. Zu meinem Erstaunen mußte ich sehen, daß, anstatt des einen Tisches mit Bremsschuhen zwei dastanden. Auch zwei Beamte waren da, an jedem Gleis stand einer. Die Schienen sind umgebaut und die Molle zum Sammeln der Schuhe befindet sich ebenfalls an dem kurzen Bogen. Auf Befragen erklärte mir ein Beamter, von höherer Stelle sei angeordnet worden, daß ein Beamter die beiden Gleise beschuhen solle. Es ist vornherein ist der betreffende höhere Beamte auf das gefährliche Beschuhen des großen Bogens von den „Kulis" aufmerksam gemacht worden. Erst nachdem die Bremsschuhe herumflogen, mußte er eingesehen, daß die Arbeiter recht hatten. Es wurde alles umgebaut. Die Direktion hätte von vornherein die richtigen und notwendigen Anordnungen treffen können, **aber um eine Arbeitskraft zu sparen,** versucht man erst solche gefährlichen Experimente.

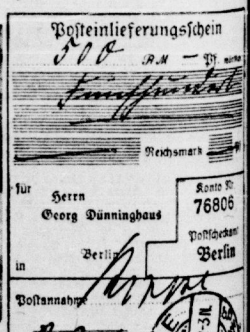
Internationale Solidarität

Der Auftakt zur siebzehnten Streikwoche

Posteinlieferungsschein
500 RM 00 Pf. mörtlich
fünfhundert
Reichsmark Pf.
für Herrn Georg Dünninghaus
Konto Nr. 76806
Postscheckamt Berlin
in Berlin
Postannahme
Postermarke 2371
Aufbewahrungsnummer
HALLE 19.8.26 2-3N.
SALE 46

Lansbury

der bekannte englische Sozialist mit seiner Frau in Leningrad


Posteinlieferungsschein
500 RM — Pf. mörtlich
fünfhundert
Reichsmark
für Herrn Georg Dünninghaus
Konto Nr. 76806
Postscheckamt Berlin
in Berlin
Postannahme
Postermarke 2370
Aufbewahrungsnummer
HALLE 20.8.26 2-3N.
SALE 46

★

Der Landesausschuß der IAH. Halle-Merseburg konnte am Donnerstag, dem 12., und Freitag, dem 20. August, je 500 Mark dem Reichsvorstand der IAH. zwecks Weiterleitung an die englischen Bergarbeiter überweisen. Am 20. August wurden dem LA. u. a. folgende Beträge überwiesen:

Belegschaft des Allg. Konsumvereins Halle (Atonto) 200,— Mk. (Dieser Betrieb lieferte bisher 1900 Mk. ab)	
Allg. Konsumverein, Verkaufsstelle Dieskau	36,85 Mk.
Allg. Konsumverein, Verkaufsstelle Nietleben	10,40 Mk.
Belegschaft der Ziegelei Ammendorf	16,— Mk.
Ortsgruppe Muldenstein	23,30 Mk.
Technisches Personal der Produktin-Genossenschaft (Atontozahlung)	61,— Mk.

Insgesamt sind von der mitteldeutschen Arbeiterschaft bisher 9500 Mark aufgebracht.

*

Kollegen! **Heute beginnt die siebzehnte Streikwoche.** Eure proletarische Pflicht ist es, zu verhindern, daß die englischen Bergarbeiter in Folge Not und Hunger auf die Knien gezwungen werden. Fast 10 000 Mk. hört Ihr uns für die englischen Bergarbeiter überwiesen, **aber noch sind im Bezirk Zehntausende Arbeitern, die bisher nicht einen Pfennig für ihre englischen Berufsbeitskollegen opferten.**

Das muß anders werden. Auch in Mitteldeutschland muß die werktätige Bevölkerung ein Höchstmaß von Opferfreude betätigen. Hierzu gehören nicht einmalige Sammlungen der Ortsgruppen und der Betriebe, **sondern in jeder Woche fortlaufend bis zur Beendigung des Streiks.**

Fordert Listen an oder holt diese vom Bureau ab.

Keine proletarische Veranstaltung darf vor sich gehen, ohne den kämpfenden Bergarbeitern Englands zu gedenken.

Kollegen! Richtet an Eure Gewerkschaft die Forderung:

Keine Förderung, kein Transport von Streikbrecherkohle! Keine Ueberschichten!

Bund der Freunde der IAH., LA. Halle-Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0006

Der Fall Geselle

Wir werden um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

In Nr. 188 Ihrer Zeitung vom 12. August 1926 bringen Sie einen Artikel unter der Ueberschrift: „Eine Hexde seines Standes". Der Artikel ist inhaltlich unrichtig und bitte ich daher gemäß des Preßgesetzes um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Der Polizeiwachtmeister Geselle ist wegen Begünstigung zu einer Gefängnis vom Schöffengericht bestraft worden.

Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde in der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts am 10. August 1926 verworfen.

Es handelte sich darum, daß Geselle einem Mädchen, die einen Haftbefehl Mitteilung gemacht und sie aufgefordert hatte und einen Tag Gefängnis verhüßen sollte, von dem einzuliefernder Haftbefehl Mitteilung gemacht und sie aufgefordert hat, sich frühmorgens ihre Wohnung zu verlassen bevor die Polizei sie verhaften könne. Das Gericht nahm diesen Tatbestand als erwiesen an und kam deshalb zu der Verurteilung des Angeklagten.

*

Der Polizeiwachtmeister Geselle, der uns die Berichtigung selbst einsandte, gab auf Befragen zu, daß er selbst beantragt habe, die Oeffentlichkeit auszuschließen, weil bei der Verhandlung „auch von Geschlechtsverkehr" die Rede sein würde. Der Irrtum in der Bezeichnung seines Delikts ist also lediglich darauf zurückzuführen, daß durch den Ausschluß der Oeffentlichkeit eine Verdunkelung geschaffen wurde, die bei öffentlicher Verhandlung überhaupt nicht hätte eintreten können.

Es bleibt es doch sehr merkwürdig, daß in einem solchen Fall das Gericht dem Antragsteller auf Ausschluß der Oeffentlichkeit nachgibt. Bei einem „Zivil"angeklagten hätte man sich dazu nicht so schnell bereit erklärt, aber hier stand eben ein Schupomann vor der Debatte.

Die Amtsdauer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Erlaß des Preußischen Handelsministers entnimmt, ist die Amtsdauer der am 1. April 1926 im Amt gewesenen Beisitzer der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte, soweit nicht inzwischen Neuwahlen durchgeführt worden sind, bis zum Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes längstens bis zum 31. Dezember 1927, verlängert worden. Auch erübrigt sich bis auf weiteres die Vornahme von Neuwahlen von Beisitzern.

Hallische Tageschronik

Sprechstunde für Kleinkinder beim Stadtgesundheitsamt. Während der Zeit vom 23. August bis 9. September d. J. finden die Sprechstunden für Kleinkinder im Stadtgesundheitsamt, Schmeerstraße 1, 1. I. Montags und Donnerstags anstatt von 3 bis 4 von 4 bis 5 Uhr nachmittags statt.

Gesundbrunnen-Tafelwasser und Wittekind-Heilwasser. Unter diesen Namen gehen jetzt zwei Mineralwässer hinaus, die aus der uralten Heilquelle des städtischen Soldades Wittekind hergestellt sind. Was vor 80 Jahren schon im kleinen Maßstabe versucht wurde, ist vor kurzem mit neuzeitlichen Mitteln großzügig wieder aufgenommen worden. In Bad Wittekind hat die Stadt eine Gesellschaft, die unter der fachmännischen Leitung des Herrn Chemikers Foerste in kurzer Zeit so weit vorgeschritten ist, daß nunmehr das Gesundbrunnen-Wasser in beliebiger Menge auf den Markt gebracht werden kann. Moderne Maschinenanlagen und die Kontrolle des Stadt-Gesundheitsamt garantieren die in jeder Weise vervollkommnete Herstellung des Wittekind-Tafelwassers.

Polizeiuniformzüge für die Schutzpolizei. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Runderlaß des preußischen Innenministers entnimmt, besteht die Absicht, den grauen Drillichanzug der Schutzpolizei durch einen blauen Hausanzug aus Baumwolle (Kattunstoff) zu ersetzen. Der neue Stoff soll in der Farbe und Prägung den blauen Tuchen entsprechen. Der Hausanzug kann auch während der heißen Jahreszeit auf der Straße getragen werden. Versuche mit dem neuen Stoff sind bereits im Gange. Ob der Feme-Stifter, Spezial-Uniform-Lieferant für die Polizeiwache, auch daran verdient hat?

Preußischer Schrankenanstrich der Reichs- und Kleinbahnen. Wie uns die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft durch Verfügung vom 3. Mai d. J. einen einheitlichen Schrankenanstrich für die Schranken vorgeschrieben hat, bezeichnet der preußische Handelsminister uns im Hinblick auf die Vorteile, die sich aus einer solchen einheitlichen Kennzeichnung der Schienenübergänge für die Sicherheit des Verkehrs ergeben, in einem Erlaß als angebracht, daß solcher Schrankenanstrich auch bei den Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen einzuführen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht der Minister daher die Kleinbahnen und Privatbahnen, bei den Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen, die mit Schranken besitzen, darauf hinzuwirken, daß die Schranken bei notwendigen Neuanstrichen den für die Reichsbahnen vorgeschriebenen Einheitsanstrich erhalten. Ebenso ist bei neuen Bauten auf die Verwendung dieses Anstriches Bedacht zu nehmen.

Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht vom 17. August aus einem Waschhause im Nordviertel eine große Menge Haushaltwäsche im Werte von 300 Mk. gestohlen worden. Die Täter sind übergestiegen und haben das Haus erbrochen. Gezeichnet ist die Wäsche teilweise H. J., teilweise drei weiße Kreuze.

Familienzwist. Am 21. August gegen 11 Uhr abends wurde das Ueberfallkommando nach einem Grundstück in der Friedrichstraße gerufen, wo Familienstreitigkeiten entstanden waren. Eine Person wurde in Schutzhaft genommen.

Verkehrsunfälle. Am 21. August gegen 8,45 Uhr vormittags stießen in der Angerstraße zwei Radfahrer zusammen, wobei eine Person leichte Verletzungen davontrug. Ein Fahrrad wurde leicht beschädigt. — Am 21. August gegen 9 Uhr vormittags wurde in der Talamstraße eine Frau, die mit einem Kinderwagen den Fahrdamm überschreiten wollte, von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen. Sie kam ohne Verletzungen davon. Schuld trifft die Frau selbst. — Am 22. August gegen 3,50 Uhr nachmittags wurde in der Trotzkaer Straße ein Radfahrer von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 erfaßt und zu Boden geworfen. Er erlitt Hautabschürfungen an beiden Händen. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. — Am 22. August gegen 6,10 Uhr nachmittags wurde in der Oleariusstraße ein zweijähriges Kind von einem Radfahrer angefahren. Das Kind kam ohne Verletzungen davon. — Am 21. August gegen 9,25 nachmittags kam in der Alten Promenade ein 53 Jahre alter Radfahrer dadurch zu Fall, daß ihm eine weibliche Person vor sein Fahrrad lief. Durch den Sturz wurden ihm zwei Zähne ausgeschlagen. Die Frau, die davonlief, ohne festgestellt werden zu können, kam vermutlich mit dem Schrecken davon.

Proletarische Tribüne. Heute abend Musikübungsstunde. Mittwoch, pünktlich abends 8 Uhr, Probe der Bühne. Zwecks Verteilung neuer Rollen müssen sich alle Mitglieder pünktlich einfinden.

Der diesjährige

Internationale Jugendtag

findet für den Bezirk Halle-Merseburg erst am 12. September in Bitterfeld statt.

Sorgt für eine Massenbeteiligung!

Umgestaltung der Postbeförderung auf dem Lande

Auf wiederholte Vorstellungen der Landgemeinden plant das Reichspostministerium eine Umgestaltung der Postbeförderung auf dem Lande. Danach sollen alle Postsachen, Briefe, Pakete usw. von einem Postamt aus in einem größeren Umkreise durch Kraftpaketwagen zugestellt werden. Diese geben die Postsachen an Posthilfsstellen in den einzelnen Orten ab und übernehmen sie dort auch. Dadurch würden Postagenturen und die zeitraubenden umständlichen Bestellungen durch die Landbriefträger überflüssig.

Die Leitung dieser Posthilfsstellen soll einer zuverlässigen Privatperson aus der Gemeinde übertragen werden, die dieses Amt neben ihrem anderen Berufe gegen eine entsprechende Entschädigung ausüben soll. Es wird auf diese Weise ermöglicht, daß täglich zweimal die Postsachen in den Gemeinden abgeliefert werden und daß die Bevölkerung einmal Postsachen zugestellt erhält, das andere Mal dieselben bei der Posthilfsstelle abholen kann. Ebenso werden statt bisher einmal, täglich zweimal Postsachen angenommen und weiterbefördert. Damit tritt offenbar eine wesentliche Besserung der Postbeförderung auf dem Lande ein und die vielen, nicht unberechtigten Klagen zahlreicher Gemeinden werden damit aus dem Wege geräumt.

Aumendorf

Die Kinderfestkommission trifft sich Mittwoch, den 25. August, 8 Uhr abends, zu einer wichtigen Besprechung.

Die Ortsleitung.

Neues vom Tage

Eifersuchtstat eines Kraftwagenführers in Leipzig-Lindenau

Eine schwere Bluttat spielte sich am Feiertagmorgen gegen 2 Uhr in der Gottkowsky-Straße 7 in Leipzig-Lindenau ab. Der 23jährige Kraftwagenführer Karl Krause aus Leipzig-Wahren tötete durch einen Revolverschuß seine Braut, die 19jährige Liesbeth Schwagierek und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Auch er war sofort tot.

Wirbelsturm über Berlin

Berlin und seine weitere Umgebung wurden am gestrigen Sonntag von einem ziklonartigen Sturm und schweren Regengüssen heimgesucht. Durch den Sturm wurden allerlei Unfälle zu Wasser und zu Lande herbeigeführt. In der Nähe des Magdeburger Platzes wurde ein umfangreiches Stangengerüst zum Einsturz gebracht. An der Langen Brücke in Potsdam kenterte ein mit zwei jungen Leuten besetztes Paddelboot. Der eine Insasse ertrank, während der andere gerettet werden konnte. Auf dem Müggelsee kenterten etwa acht Segel- und Paddelboote. Die Insassen wurden sämtlich gerettet.

Fast ein neues Zugunglück

Aus München kommt die Nachricht von einem im letzten Moment verhinderten Eisenbahnzusammenstoß auf der Kingbahn bei Dagelfing. Um 6 Uhr früh kamen ein elektrischer Güterzug und ein Nahperlonenzug sich beim Ostbahnhof auf demselben Gleise entgegen. Sie hatten sich bereits bis auf 50 Meter genähert, als es gelang die Züge noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Da der Nahperlonenzug überfüllt war, wäre es zu einem furchtbaren Unglück gekommen. Ein Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung liegt noch nicht vor.

Erweiterung des Zugtelephondienstes

Vom Montag, dem 23. August, an wird die Zugtelephonie einem weiteren Zweck nutzbar gemacht werden. Von diesem Tage an werden die von der Deutschen Kursfunk-GmbH. drahtlos verbreiteten Wirtschaftsnachrichten (Devisen, Getreide- und Metallkurse, Effektenberichte usw. des In- und Auslandes) den fahrenden D-Zügen durch Zugtelephonie zugeführt, und sie können in den Zügen von den Interessenten bezogen werden. Die einzelnen Meldungen werden in den ersten vier Wochen kostenlos an die Interessenten abgegeben werden. Die Kursmeldungen usw. werden den Beziehern im Zuge unverschlüsselt zugestellt.

Sturm auf Diamantfelder

In Transvaal hat sich eine Völkerwanderung in Bewegung gesetzt nach einem neuen Diamantfeld auf der Farm Lichtenburg bei Elandsputte. Dort sollen Diamanten im Werte von 27 000 Pfund gefunden worden sein, worauf über 50 000 Menschen von allen Seiten zu Rad, zu Pferd und im Automobil den Fundplatz stürmten. Die ganze Bevölkerung ist im Aufruhr.

Ein türkischer Dampfer gesunken

Nach Meldungen aus Konstantinopel ist der türkische Dampfer „Subandia" im Schwarzen Meer untergegangen. Dreizehn Personen sind hierbei ertrunken.

Großer Waldbrand in Kalifornien

Die berühmten Riesenexemplare der Sequoiabäume im Nationalpark bei San Franzisko sind von einer Feuersbrunst bedroht, die in der Nähe der Stadt Badger ausgebrochen ist. Das Feuer, das bereits 60 000 Morgen mit Buschwerk und Hochwald bestandenen Landes verwüstet hat, nähert sich dem Wald von Reowood.

Hackefleisch mit Sulfitsalz

Kürzlich waren in Lübeck Fälle von Fleischvergiftungen beobachtet worden, ohne daß zuerst die nähere Ursache festgestellt werden konnte. Nach nunmehriger Ueberholung sämtlicher Lübecker Schlächterläden wurde ermittelt, daß eine große Anzahl von Schlächtern, um dem Hackfleisch ein frisches Aussehen zu erhalten, ihm eine Doses Sulfitsalz beigemengt hatte, ohne die gesundheitsschädliche Wirkung dieser Beigabe zu berücksichtigen. Vor Gericht waren die unter Anklage gestellten 31 Schlachtermeister der Ansicht, daß das Polizeiamt die Beimengung derartiger Salze gestatte. Der Sachverständige ließ indessen über das Bedenkliche dieser Einsalzung keinen Zweifel, so daß sämtliche Schlächtermeister zu Geldstrafen verurteilt werden mußten.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Auf dem Westfelde 2 der Richterschächte bei Laurahütte ging infolge Gebirgsschlagens ein Pfeiler zu Bruch. Acht Bergleute wurden eingeschlossen. Ein Toter, zwei Schwer- und mehrere Leichtverletzte wurden bisher geborgen. Auch der die Rettungsarbeiten leitende Steiger erlitt schwere Verletzungen.

Nach einer Meldung aus Johannesburg (Südafrika), wurden bei einem großen Grubenbrand in den Brakton-Minen zwei Eingeborene getötet, zwei Europäer und 219 Eingeborene erlitten Gasvergiftungen.

Theater und Konzerte

Franz Werfels „Juarez und Maximilian" geht am Sonnabend, dem 28. August, als Eröffnungsvorstellung des Stadttheaters unter Regie des Intendanten M. Dietrich in Szene. Der Dramatiker Werfel kommt damit zum erstenmal in Halle zu Worte. Beschäftigt sind die Damen Anneliese Jehow und Luise Sessing sowie sämtliche Herren des Schauspielpersonals.

Solbad Wittekind. Dienstag, den 24. August, früh 5/7 Uhr und nachmittags 4 Uhr Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Abends 8 Uhr Konzert unter Mitwirkung von Dr. Friedrich Viol (Gesang). Mittwoch, den 25. August, früh 5/7 Uhr, hallische Morgenmusik. Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Leitung: Benno Pläß.

Solbad Wittekind. Im Kurhaus-Konzert am Dienstag gelangen durch das Hallische Sinfonie-Orchester folgende Werke zur Aufführung: Boieldieu: Ouvertüre „Weiße Dame"; Bizet: Menuett und Farandole aus „L'Arlésienne"; Delibes: Suite aus „Sylvia"; Massenet: Walzer aus „Werther". Uhr Nachmittagskonzert, 8 Uhr Abendkonzert unter Mitwirkung von Dr. Friedrich Viol als Solist.

Die internationalen Ringkämpfe im Wintgarten-Theater. Der Entscheidungskampf zwischen Urbach und Wehrum brachte gestern durch das Verhalten von Wehrum eine nicht ganz einwandfreie Entscheidung. Nachdem die beiden in ihrer bekannten robusten Manier 20 Minuten gerungen hatten, wurde Urbach von Wehrum unter halb der Matte auf beide Schultern gebracht. Diese Niederlage war aber nach dem Reglement ungültig. Vom Schiedsgericht aufgefordert, weigerte sich Wehrum hartnäckig, den Kampf fortzusetzen, und wurde deshalb nach mehrfacher Aufforderung als besiegt erklärt werden. Eine große Ueberraschung gab es bei dem Kampf Lupos gegen Gerigkeit (Polen). Hier hatte man allgemein mit einem unentschiedenen Kampf gerechnet, es kam aber anders. Bereits in der 18. Minute wurde Lupos durch einen kraftvollen Hüftschwung rechtsrum auf die Matte gelegt. Zuletzt ist man einen hervorragenden Kampf zwischen Pietro Scholz und Lohmeier (Stelermark). Auf beiden Seiten große Kraft, aber auch gute Ringtechnik. Wiederholt lagen beide in recht mißlichen Lagen, verstanden es aber meisterhaft, sich wieder daraus zu befreien. Schließlich machte die Schlußrunde dem schönen Kampf ein Ende.

Heute, Montag, kommt ein Herausforderungskampf im freien amerikanischen Stil zwischen v. d. Born (holland) und Max Steinke (Stettin) zum Austrag. Beide Ringer beherrschen diese Kampfart, bei welcher alle Griffe erlaubt sind, meisterhaft und werden alle Register aufziehen, um den Sieg an sich zu reißen. Es ringen ferner Luppa gegen Urbach und im Revanchekampf bis zur Entscheidung Pietro Scholz gegen Grunewald.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kreb, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für September erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht

Der Verlag.

Neue Aufgaben für die Arbeiter-Photographen

Es wird geschrieben:

Bisher hatten die Arbeiter-Photographen ihre nebenberufliche Tätigkeit ausschließlich zur Freude eines kleinen Kreises von Angehörigen und Bekannten ausgeübt. Die Entwicklung der Presse macht heute die Aufgabe, als Arbeiter-Photograph ihre Photos den breiten Massen der Arbeiterschaft zu übermitteln. Die Arbeiterpresse verfügt über drei große Bilderzeitungen: der „Rote Pfeil" Bildbeilage der KPD-Presse, „Volk und Zeit", die Beilage des „Vorwärts" und anderer SPD-Zeitungen, und besonders die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung". Für die Blätter heißt es, geeignetes Material heranzuschaffen. Wie die wirkliche Arbeiterpresse heute ohne Arbeiterkorrespondenten auskommen kann (über die der russischen Zeitungen wird heute von Arbeitern gesprochen) so können erst recht die Bilderzeitungen nicht ohne die Mitarbeit des schaffenden Volkes bestehen. Denn die bürgerlichen Pressefotografen-Bureaus bringen natürlich nur das, was der bürgerlichen Gesellschaft angenehm ist. Sie verschweigen alles, was der Arbeiterschaft interessiert. Den bürgerlichen Photokorrespondenten, jetzt eine starke Organisation der Arbeiterphotographen entgegenzusetzen.

Der Neue Deutsche Verlag, Berlin, als Herausgeber der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" hat sich nun entschlossen, ein Korrespondenzblatt „Der Arbeiter-Fotograf" herauszugeben, das monatlich einmal erscheinen und an die Arbeiter-Photographen kostenlos geliefert wird. Dieses Blatt bringt Aufsätze und Artikeln über das, was die Arbeiter-Bilderpresse benötigt, Tipps und Winke für die Aufnahme und die technische Behandlung des Bildmaterials. Jeder Arbeiter-Photograph wird das Blatt begeisterte lesen und daraus mancherlei Anregung schöpfen.

Fememord-Skandale und kein Ende

Fast jeden Tage gehen fast täglich durch die Zeitungen Notizen von Fememorde und ihre Urheber, das politische und nationalistische Banditentum. Die Polizei gibt Steckbriefe heraus, Photos werden sind in jeder Revierstube der Polizei und eine Zeitlang an der Litfaßsäule zu sehen gewesen. Dennoch sind die Resultate der Fahndung bisher äußerst gering gewesen. Woran liegt das? Es ist der Sabotage nicht nur der Nationalisten, sondern des gesamten bürgerlichen Staates, der alle Mittel aufwendet, damit die Verfolgung der Fememörder eine Theaterposse bleibt.

In letzter Zeit interessieren besonders die Beschuldigungen, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi und Kurt Geyer, verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts", gegen den bayrischen Innenminister Gürtner wegen Begünstigung in der Mordaffäre Hartung aufgestellt haben. Herr Gürtner sah sich unter dem Druck der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands dazu gezwungen, Klage gegen Levi und Geyer einzureichen. Wie der Prozeß ausgehen wird, ist im Lande der Kolling-Niedner-Justiz wohl kaum zweifelhaft. Dennoch müssen alle Versuche gemacht werden, wirklich Licht in das mit staatlicher Unterstützung künstlich erhaltene Dunkel zu bringen.

Anläßlich der Sitzungen des Reichs-Femeausschusses, die Ende September in München stattfinden sollen, bringt nun der Neue Deutsche Verlag, Berlin NW. 7, eine Sammlung **„Verräter verfallen der Feme"** heraus, in der hervorragende Vertreter der Arbeiterschaft im Reichs-Femeausschuß einzelne Fälle der Fememorde behandeln werden. Der 1. Band, der Fall Baur, von Willi Münzenberg, MdR., erscheint soeben. Weitere Bände von J. E. Gumbel, Karl Mertens, Ernst Schneller, MdR., Albert Winter, München, folgen in aller Kürze.

Damit das Material jedem Arbeiter zugänglich wird, kostet die einzelne Broschüre nur 20 Pf. und ist durch alle Arbeiter-Buchhandlungen, Kolporteure usw. zu beziehen.

Der Bombenfahrschein

Eine wahre Geschichte aus dem Polen Pilsudskis von Kasimir Widelski.

In Form einer Erzählung entrollt Widelski die Polizeiprovokationen des Polizeiinspektors der politischen Polizei, Pionkiewitsch, des Oberkommissars Lenski und des Spitzels Trojanowski, der mit der Bombenfabrikation und dem Attentat beauftragt ist. Herrlich lesen sich die Seiten, auf denen ein junger Arbeiter den Lumpen Trojanowski, der in der Redaktion des Organs der Unabhängigen Bauernpartei mitarbeitet, gehörig abführt und ihm klar macht, daß ein Attentatsplan zwar nützlich sei, aber nur für die Bourgeoisie, ein gefundenes Fressen für die Polizeihunde. Mit angespanntem Atem liest man die sich dramatisch steigernde, spannende Erzählung, bis das Mißlingen des verruchten Planes mitgeteilt wird. Informatorisch, aktenmäßig, wird am Schlusse das Ergebnis der gerichtlichen Verhandlung mitgeteilt.

Die kleine Broschüre, die nur 10 Pf. in jeder Arbeiterbuchhandlung und bei allen Rote-Hilfe-Funktionären erhältlich ist, ist ein begrüßenswerter Beitrag zum internationalen Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen in Polen, die wegen ihres Kampfes für die polnische Arbeiterklasse durch Trojanowskis und ähnliche Polizeiprovokateure der Justiz in die Hände geliefert wurden und noch heute in den polnischen Gefängnissen schmachten. So wird auch diese Broschüre dazu beitragen, den Ruf zu verstärken: „Heraus mit den politischen Gefangenen aus den Kerkern Polens!"

Bibel-Marathon-Lauf

In Amerika wird der Versuch unternommen werden, das Neue Testament hintereinander an einem Tage von 6 Uhr morgens bis 11.30 Uhr abends vorzulesen. Die Bibel wird ohne Unterbrechung gelesen werden. Keine Predigt, Gesang oder Musik. Besucher können nach Belieben kommen und gehen. Das Marathon wird in der Methodistenkirche abgehalten. Pastor Maurice Hadgood liest zuerst. (Colorado.)

Pastor Minard an der Methodistenkirche in Longhill hat das Bibel-Marathon gewonnen, indem er das Neue Testament in dreizehn Stunden zu Ende las. Er begann um Mitternacht und las ohne Unterbrechung, abgesehen von einer Eßpause von wenigen Minuten (Connecticut.)

In Andrewe, Indiana, war der Rekord 17 Stunden und dort hielt Frau S. S. Beauchamp diesen Gottesdienst am längsten aus, nämlich 14 Stunden und 40 Minuten. Zweite war Frau Wischmeyer mit 14 Stunden und 30 Minuten.

(Aus einer amerikanischen Zeitschrift.)

Wir schlagen vor, zur rechten Durchdringung des heiligen Stoffes die Bibel nunmehr rückwärts zu lesen. Wenn das geschehen ist, bleibt nur noch übrig, die einzelnen Blätter zu kauen und zu essen.

Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte. Vom 19. bis 26. September d. J. findet, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in Düsseldorf die 89. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Die Spiele der russischen Fußballer

Die Juli-August-Tournee der russischen Fußballmannschaft durch Sachsen, Süd- und Westdeutschland ist beendet. Am 12. August verließ die Mannschaft Berlin, um am 14. und 15. in Riga am lettländischen Sportfest teilzunehmen und ihre Reise abzuschließen. Erst nach zähem Kampfe für die internationale Einheit der Arbeitersportbewegung und nach Ueberwindung des Widerstandes des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes war diese Tournee mit Genehmigung des Bundesvorstandes möglich. Den deutschen Arbeitersportlern den Weg nach dem Osten, zu den russischen Sportlern zu versperren, wurde vereitelt durch die wachsenden Sympathien der deutschen Arbeitersportler, vor allem durch den entschlossenen Kampf der sächsischen Arbeiterfußballer. Sie haben die Schranken beseitigt, die die Reformisten gegen die Verbindung mit den russischen Sportlern aufgerichtet hatten. Dem Druck der Massen mußte nachgegeben und die Spiele mit den Russen genehmigt werden. Das ist das Fazit eines einjährigen Kampfes, der manchem Kleinmütigen zu denken geben muß.

In spieltechnischer Beziehung war diese Spieltournee ein einziger Siegeszug der russischen Sportler. In Leipzig, Chemnitz, Dresden, Stuttgart, Heilbronn, Frankfurt a. M. und Köln, überall siegten die Russen mit gewaltiger Ueberlegenheit. Ueberall wurden sie von den großen Massen der Arbeiter und Arbeitersportler freudig und mit großer Begeisterung begrüßt, überall wurden ihre Leistungen mit großem Beifall aufgenommen. Die russischen Sportler haben dazu beigetragen, die Sympathien für den ersten Proletarierstaat der Welt, für Sowjet-Rußland, bei Zehntausenden zu erwecken und zu festigen. Sehen doch all die Massen der Arbeiter und Arbeitersportler in den russischen Sportlern zugleich die Vertreter Sowjet-Rußlands, die Abgesandten des siegreichen russischen Proletariats. Und dieses vom Kapitalismus befreite Land demonstrierte damit seine Leistungen und seinen Aufbau. Die russischen Genossen sprachen auf den Sportplätzen, in Versammlungen, in Betrieben und Betriebsversammlungen zu und mit den deutschen Arbeitern. Die sozialdemokratischen Lügenparolen: der Bolschewismus bedeutet Hunger, Elend und Niedergang, sind entlarvt. Sowjet-Rußlands Arbeiter haben trotz der von den Kapitalisten und Reformisten aufgerichteten Blockade ihre Existenz und ihre Fortschritte gezeigt und die deutschen Arbeiter haben das bestätigt. Und damit haben die Russenspiele über das nur Sportliche hinaus an Bedeutung gewonnen. Eine internationale Einheitsfront unter dem Banner des Klassenkampfes bricht sich Bahn, die auch auf die politische Einstellung der Arbeitermassen in Deutschland ihre Auswirkung nicht verfehlen kann.

Mit den Russenspielen ist ein weiterer ernsthafter Schritt auf dem Wege zur internationalen Einheit der Arbeitersportbewegung getan, der in dem deutsch-russischen Sportabkommen mit dem Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes seinen Niederschlag findet. Weitere Schritte müssen folgen zur Herstellung der internationalen Kampfgemeinschaft, zum Siege über Bourgeoisie und Kapital.

Schwimmfest des Freien Wassersportvereins Halle

Der Freie Wassersportverein Halle veranstaltete gestern auf seiner selbstgeschaffenen Badeanlage ein Schwimmfest, verbunden mit der Eröffnung des Ankleidehauses. Trotz des windigen, unbeständigen Wetters war der Besuch ein guter zu nennen. Der Vorsitzende Dittel eröffnete durch eine Ansprache das Schwimmfest. Er wies besonders auf die Schwierigkeiten hin, die man dem Verein beim Bau des Ankleidehauses von Seiten des Magistrats (Stadtrat Fischer) in den Weg legte. Aber trotzdem ist es gelungen, das schöne Gebäude fertig zu bauen. (Es entsteht neben der Stufe für den Bademeister und einigen Ankleideräumen auch einen großen Versammlungsraum.) Nach der Ansprache folgten die zahlreichen sportlichen Darbietungen, die durchweg auf hoher Stufe standen. Jeder Besucher dürfte wohl bei diesem Schwimmfest auf seine Rechnung gekommen sein.

Es ist nun Sache der hallischen Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß dieses großzügige Unternehmen einer Arbeiterorganisation erhalten bleibt. Das kann geschehen, wenn alle Arbeiter, die sonst in bürgerliche Schwimmbäder gehen, die Badeanlage des Freien Wassersportvereins unterstützen.

Nachstehend bringen wir nun die Resultate:

Eröffnungsstaffel, 4 × 50 Meter, Männer: 2. Mannschaft 2.48. 1. Mannschaft 2.52⅘.
Eröffnungsstaffel, 4 × 50 Meter, Jugend: 1. Mannschaft 2.47, 2. Mannschaft 3.7⅘.
Frauenbrustschwimmen, 50 Meter: Mertins 33⅘, Ruler 34.
Jugendlagenstaffel, 4 × 50 Meter: 1. Mannschaft 2.1⅘, 2. Mannschaft 2.1⅘.
Freistil für Schüler: Butzereit 31, Schnaubelt 32.
Freistil für Schülerinnen: Trauzettel 33, Schienhuber 33⅘.
Männerfreistilschwimmen: Hennig 28, Schmoll 29⅘.
Mädchenkraulstaffel, 4 × 50 Meter: 1. Mannschaft 2.20, 2. Mannschaft 2.34.
Reibeln, 50 Meter: a) Frauen: Weidenbauer 45, Bloßfeldes 48⅘; b) Männer: Dreßnitzer 45, Dittel jun. 44⅘.
Frauenlagenstaffel, 4 × 50 Meter: 1. Mannschaft 2.27, 2. Mannschaft 2.29.
Jugendbreitschwimmen: Schäfer 31⅘, Ebersbach 31⅘.
Männerlagenstaffel: 2. Mannschaft 1.57⅘, 1. Mannschaft 1.58.
Mädchenrückenschwimmen, 50 Meter: Bloßfeldes 37⅘, Ruler 38.
Jugendbreitstil: Heller 25⅘, Will Rudi 25⅘.
Männerrückenschwimmen: Schmidt 30, Rau 30⅘.
Männerbrustschwimmen: Frisch 29, Jänicke 29⅘.
Schülerbrustschwimmen, 50 Meter: Reichelt 34⅘, Kupfernagel 36⅘.
Schülerinnenbrustschwimmen, 50 Meter: Kies 34, Schienhuber 34⅘.
Wasserball: Halle Jugend — Leipzig Jugend 7 : 0; Halle Männer — Leipzig Männer 5 : 1.

Für Unterhaltung und Belustigung waren zwei Wasserpantomimen eingelegt, welche große Heiterkeit hervorriefen.

Fußball

Bruckdorf 1. — Gröbers 1. 1 : 2

Beide Mannschaften in stärkster Aufstellung. Br. hat Anstoß, kommt gut durch und kann in der fünften Minute das einzige Tor für seine Farben buchen. Gr. legt sich tüchtig ins Zeug und kann in der zehnten Minute gleichziehen. Bis Halbzeit ändert sich an dem Resultat nichts mehr. Nach der Pause gibt auf beiden Seiten ein lebhaftes Spiel, doch kann von keiner Seite vorläufig etwas Zählbares erzielt werden. Außerdem macht der starke Wind alle guten Angriffe zunichte. Kurz vor Schluß kommt Gr. durch einen Schnitzer des linken Läufers Br. zum siegbringenden Tor.

Teicha 1. — Bruckdorf 1. 1 : 3 (0 : 3) abgebrochen

Obige Mannschaften fanden sich am Sonntag im Gesellschaftsspiel gegenüber. Es setzte sofort ein scharfes Spiel ein. Bei Teicha bemerkte man eine Umstellung, die sich nicht bewährte. In den ersten Minuten erzielt Bruckdorf durch eine Trödigelei das erste Tor. Bruckdorf zeigte ein gutes Zusammenarbeiten, während Teicha im Sturm etwas zerfahren spielte. Ein Durchbruch bringt Bruckdorf zum zweiten Tor. Kurz vor Halbzeit erhöht Bruckdorf das Resultat durch Eifmeter zum dritten Tor. Nach Halbzeit stellt Teicha um und drückt gewaltig, um etwas Zählbares zu erzielen, was jedoch nicht gelang, viele gute Torschüsse wurden fabelhaft gehalten. In der 70. Minute drückt Teicha einen schlecht gewerteten Ball zum ersten Tor ein. Nun wurde das Spiel laut und ziemlich hart. Der Schiedsrichter hatte das Spiel nicht in der Hand.

Freitag, den 27. August, ½7 Uhr auf der Peißnitz:

Fichte I. — ASC. I.

zugunsten der Bundesschule

Teicha 2. — Bruckdorf 2. 6 : 2

Mit Anstoß setzt ein flottes Spiel ein. Schon in den ersten zehn Minuten kann der Linksaußen das erste Tor für Teicha buchen. Bis Halbzeit ist Teicha noch zweimal erfolgreich. Ein schöner Kopfball führt zum vierten Tor. In der 55. Minute erzielt Bruckdorf das erste Tor. Ein schöner Schrägschuß bringt Bruckdorf den zweiten Erfolg. Bis Schluß erhöht Teicha das Resultat auf sechs.

Infolge des starken Windes wurden die Spiele stark beeinträchtigt, so daß ein flüssiges Spiel nicht zustande kam.

Viktoria 1. gewann gegen ASC. 1. mit 4 : 2.
Cröllwitz 1. spielte gegen Teicha 1. 1 : 1 unentschieden.
Wörmlitz 1. unterlag nach reichlich hartem Spiel gegen Askania 1. 0 : 2.
Minerva 1. gewann verdient gegen Lettin 1. 2 : 0.
Brachstedt 1. — Giebichenstein 1. 4 : 3.
Brachstedt 2. — Giebichenstein 2. 8 : 2.
Bruckdorf 2. — Gröbers 2. zeigten ein nicht besonders gutes Spiel und trennten sich mit 1 : 1.
Wörmlitz 2. — Askania 2. 5 : 0.
Cröllwitz 2. — Teicha 2. 7 : 0.
ASC. 2. — Viktoria 2. 3 : 4.
ASC. 3. — Viktoria 3. 3 : 3.
Cröllwitz 3. — Teicha 3. 3 : 1.
Cröllwitz 4. — Lettin 4. 4 : 4.
Wörmlitz 1. Jugend — Trotha 1. Jugend 0 : 2. Seitens Trotha abgebrochen.
Minerva Jugend — Fichte Jugend 0 : 4.
Wörmlitz 2. Jugend — Ammendorf 2. Jugend 1 : 4.
Cröllwitz Jugend — Teicha Jugend 3 : 0.

Am Sonnabend, dem 28. August, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine außerordentliche Schiedsrichtersitzung statt.

W. Kümpler.

Heute, Montag, abend findet im „Volkspark" eine Verbandssitzung statt.

J. A.: F. Pabst.

Der Olympiade- und mitteldeutsche Meister geschlagen

Fichte-Halle — Leipzig-Gohlis 7 : 1

Anläßlich der Platzweihe in Zangenberg trugen Fichte 1. Halle gegen den Olympiade- und mitteldeutschen Meister mit 7 : 1 Schlagen. Fichte spielte aus einem Guß. An Stellungsspiel, Fangtechnik und Torwurf waren sie ihnen voraus. Fichtes Hintermannschaft hat an dem hohen Sieg großen Anteil. Fichte setzt gute Innensturm der Leipziger kam nicht zur Entfaltung. Halbzeit 3 : 1.

Platzweihe in Zangenberg

Ein Massenaufmarsch von Sportlern und Zuschauern. Fichte 1. Halle — Zangenberg 1. mit 1 : 0 nach gleichmäßig verteiltem Spiel. Fichte 2. Halle — Zangenberg 2. 5 : 0.

Handball

Bruckdorf 1. — Wörmlitz 2. 3 : 0

Unter umsichtiger Leitung des Schiedsrichters von ASC. entwickelt sich ein hartes Spiel, wobei Br. durch glänzende Angriffsherrlichkeit bis zur Halbzeit mit 3 : 0 führt. Nach Seitenwechsel hat Br. den Wind als Bundesgenossen. Es entwickelt sich ein Spiel in W. Hälfte, kann aber nur noch einmal erfolgreich sein. Br. hat zahlreicher Verteidigung seitens Wörmlitz nichts mehr erzielen, und mit dem 3. Resultat trennten sich beide Mannschaften.

ASV. Cröllwitz 1. — Jahn 1. 2 : 1.
ASV. Cröllwitz 2. — Jahn 2. 0 : 4.
Minerva Sportleininnen — Sportlust 2 : 0.
Fichte 1. Schüler — Jahn Merseburg 1 : 0.
Fichte 2. Schüler — Jahn Merseburg 2. 3 : 0.

Trotzdem am gestrigen Tage eine große Anzahl Handballspiele ausgetragen waren nur sehr wenig Resultate gemeldet. Der Spielausschuß wird erst Mängel abstellen zu wollen.

Donnerstag, den 26. August

Freier Wassersportverein Halle 1. — Othello 1. 6 Uhr Othello (F. Sportlust).

Freitag, 27. August

1. Klasse: ASC. 1. — Fichte ½7 Uhr Peißnitz (Diener, Achilles).
Sportlerinnen: Viktoria — Achilles 7 Uhr Sandanger (Adler).

Turner

Bezirkstrommlerkorps des 4. Bezirks

Turnerspielleute! Am Sonn ag, dem 29. August, findet in Naumburg bei Bezirksübungsstunde (Bezirkstreffen) statt. Es ist die letzte Zusammenkunft der Spielleute vor der Bundesschuleinweihung in Leipzig. Hier gilt es, die gelernten Märsche noch einmal gründlich durchzuarbeiten. Alle Signale, welche Hornisten sind, müssen den Hornmarsch „Hoch Hamburg" ohne Fehler bis zum Bezirkstreffen tüchtig durcharbeiten. Des weiteren macht es sich wenig, über den 19. September (Bundesschuleinweihung in Leipzig) zu sprechen. Auch wird die Bezirksleitung Bericht geben von der am 22. August in Bitterfeld stattgefundenen Bezirks-Stabführer- und Obleute-Konferenz. Gerade in Naumburg, in diesem schwarzen Winkel, muß der Spielmannszug vollzählig vorhanden sein. Wenn es nicht möglich ist, daß alles reiflos erschienen kann, so sind die Spielleute gutzunen, damit das Bezirkstreffen eine wuchtige Demonstration wird für die Bewegung im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Naumburger Turnerinnen haben es sich zur Aufgabe gemacht, für Sonnabend, den 28. August, 19 Uhr, eine Tiete bereit zu stellen. Alle Spielleute, welche am Sonnabend daran teilnehmen, wollen dem Obmann der Gruppe Weißenfels, Turngenossen Franz Langrock, Pfeifer, Wielandstraße 6, bis zum 26. August melden.

Der Bezirksleiter.

Briefkasten

Der Bericht des Arbeiter-Athletenbundes über die gestrigen Kämpfe auf dem Stadion ist erst nach Redaktionsschluß eingegangen und konnte daher in der heutigen Sportbeilage nicht mehr veröffentlicht werden.

Internationales Arbeitersportfest in Berlin

(Eig. Drahtmeldung.)

Berlin, 23. August.

Gestern fand hier ein internationales Arbeiter-Sportfest statt, an dem Russen und Finnen teilnahmen. Trotz der ungünstigen Witterung waren rund 15 000 Arbeiter zu dem Sportfest erschienen, die die russischen und finnischen Mannschaften stürmisch begrüßten. In den Wettkämpfen bewährten die russischen und finnischen Mannschaften gute Plätze belegen.

(Nebenstehend die russische Arbeiterathletik-Delegation in Berlin.)

Rosa Bergers Wandlung

19]

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Gloja

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

Fritz Seidel stand dieser lächerlichen Sucht nach Eleganz äußerst ablehnend gegenüber. Sein ausgeprägtes Klassenbewußtsein machte ihn zu stolz, als daß er eine Frau hätte an der Seite haben mögen, die eine logenannte Dame zu sein suchte. Für ihn war der Begriff Dame überhaupt die denunzierende Bezeichnung für eine Frau, deren Charakter verschroben und verhunzt, deren Geist erschreckend unentwickelt, deren Sinn für das Wesentliche und Wertvolle am Menschen verkümmert und verkruppelt ist. Er verachtete diese Weiber, deren höchstes Ziel ein Parasitenleben ist, und keinen Sinn zeigen für ernsthafte soziale Pflichten. Seidel suchte getreu seiner Lebensauffassung und Weltanschauung in der Frau nicht die aufgemachte und als Parasit etikettierte Dame, sondern den Menschen, der dazu fähig ist, ein echter Lebenskamerad zu sein.

Diese Auffassung war nicht mehr als die logische Schlußfolgerung eines Mannes, der die völlige Gleichberechtigung der Frau, in der Familie sowohl wie auch im öffentlichen Leben anerkannte, wissend, daß die Frau damit allerdings auch die gleichen sozialen Pflichten übernehme.

Rosa konnte diese Ansicht noch nicht in allen ihren Konsequenzen verstehen. Für sie bestand die Möglichkeit, sich als Frau auf die Stufe eines geistig entwickelten Menschen zu erheben, noch zu wenig Reiz.

Es fehlte ihr an Klassenbewußtsein, um den Stolz zu haben, der es verbietet, sich mit dem Ruhm zu begnügen, ein begehrtes Weibchen zu sein. Und so irrte ihr Sinn noch immer ab, verlor sich spielerisch in eitlen Vorbereitungen lächerlich kleiner Triumphe als Frau. Sie suchte ihren Ehrgeiz noch zu befriedigen, wie ihn das niedrig stehende menschliche Weib zu stillen sucht. Freilich wurden diese Eigenschaften Rosas zurückgedrängt dadurch, daß sie ständige Ablehnung bei ihrem Mann erfuhren; aber sie wurden doch erst nur verdrängt und noch nicht von ihr selbst überwunden. Ueberwunden wurden sie erst in dem Maße, indem ihre eigenen Erfahrungen ihr Klassenbewußtsein prägnanter und lebendiger machten. Erst wenn sie sich ganz darüber klar werden konnte, in welcher sozialen Lage sie sich befand, erst dann würde ihr das Unzweckmäßige und Falsche ihrer Auffassung einleuchten.

Wohl wußte Rosa, daß sie und ihr Mann über kein „Kapital" verfügten, beide auch keinerlei Erbschaft zu erwarten hätten, nur auf ihrer Hände oder auf des Kopfes Arbeit angewiesen, also Proletarier seien. Aber dennoch sträubte sie sich instinktiv, es mit jener Unerbittlichkeit erkennen zu wollen, die den Proletarier zum Kämpfer für seine Klasse macht. Sie gehörte zu jenen vielen in dieser Hinsicht Indifferenten, die nicht den geraden Weg des Klassenkampfes, sondern einen Ausweg suchen und einen Umweg zu machen bereit sind. Deshalb hatte sie noch immer irgendwelche rege Hoffnungen, die sich auf ein Emporkommen ihres Mannes in der politischen Laufbahn konzentrierten. Es hatte sie schon damals zuversichtlich gestimmt, daß Fritz Redakteur und sozusagen in einer gehobenen Stellung sei. Später konnte sich Rosa ganz von selbst zusammenreimen, daß er da schließlich die Aussicht habe, weiterzukommen und gar eines Tages in den Reichstag einzuziehen!

Aber abgesehen von einer eventuellen politischen Karriere ihres Mannes sah Rosa immer noch eine Menge anderer Möglichkeiten, sich sozial wenigstens einigermaßen zu erheben. Mit großem Interesse verfolgte sie zum Beispiel, wenn in ihrer Umgebung ein Unternehmungslustiger sich geschäftlich etablierte und durch seine Betriebsamkeit, oder wie diese Leute es leider gern tolls bezeichnen, ihren Fleiß und Tüchtigkeit, allmählich emporkamen, um sich nach einigen Jahren aus dem Proletariat in das Kleinbürgertum hinüberzuschwingen. Ja, sie betrachtete insgeheim viele jener kleinen Händler, Kaufleute und Agenten, wie auch hie und da in den Fabriken vom Arbeiter zum Vorarbeiter oder Meister Emporgekommene mit einer gewissen Bewunderung. Manchmal erschienen ihr solche Leute sogar als beneidenswert, weil sie Rosas Ansicht nach freier und selbständiger waren, und solche Existenzen ihrer sicherer dünkten, als die ihre Mannes. Wiederholt hatte sie sich mit solchen Ansichten vor Fritz lächerlich gemacht, aber nie war es ihm gelungen, sie ganz davon zu überzeugen, daß es ihm nicht als sehr ehrenvoll erscheine, als derartiger kleiner Händler, Agent oder Aufseher durchs Leben zu gehen.

Ihr Irrtum bestand darin, daß sie immer die zählbaren Fälle im Gedächtnis behielt, in denen es den Betreffenden gelungen war, sich ein wenig über ihre frühere proletarische Existenz hinauszuschwingen, und zwar auch noch auf Kosten der Arbeiterschaft; hingegen die vielen nicht bemerkte, die nach einem mühevollen Versuch sich wirtschaftlich über ihre Klasse zu erheben, wieder zurücksanken in das Meer der ungezählten Erfolglosen. Die nicht deshalb nicht wieder zurücksanken, weil sie weniger tüchtig waren, sondern weil es am bestehenden Wirtschaftskörper eben nur für eine bestimmte Anzahl solcher Zwischenexistenzen Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Wenn unter diesen aufkommenden kleinbürgerlichen Elementen eine Auslese immerhin stattfindet, so deshalb, weil gehend, daß sich stets nur die Elemente durchsetzen, die einerseits über die günstigeren persönlichen Voraussetzungen verfügen, vor allem aber am skrupellosesten vorzugehen bereit sind.

*

Noch von einer anderen Seite aus drang Bitternis in den Erfahrungsbereich Rosas: Enttäuschungen an anderen Frauen, die sie im Suchen nach einer Freundschaft erlebte.

Sie glaubte viel mitzubringen, wenn sie des guten Willens war, eine sympathische Freundin zu sein. Aber obgleich auch die andern es an gutem Willen nicht fehlen ließen, führte jeder dieser Versuche zuletzt doch wieder auseinander. Es gehörte eben mehr dazu, dieser gute Wille dazu; vor allem die Fähigkeit, mit tiefem Verständnis liebevoll, beinahe selbstlos auf die Wesensart des andern einzugehen. Und da es an diesem Verständnis zumeist auf beiden Seiten mangelte, fand sich immer der Stein des Anstoßes, der jedem der Beteiligten den Grund zu der Auffassung legte, daß er wie benachteiligt sei zein. Menschen dieser vom Kapitalismus zerstalteten Zeit sind ja auch in bezug auf ihre Sympathien, ihre Neigungen und Empfindungen insgeheim wie die Krämer, die alles, was sie geben und nehmen, auf die Wage legen. Auch jene sogenanntes seelisches Gut ist ihr Eigentum, in jenem beschränkten Sinne des Wortes, für das es einen Tauschwert gibt, unter dem kein Deutschen abgegeben wird.

Bezüglich der Hoffnung auf eine Freundschaft mit einer andern Frau hegte Rosa Illusionen. Hatte sie auch von ihrer Mädchenzeit her keinen Grund, derartige Erwartungen zu hegen, weil ihr auch damals nie gelungen war, Freundschaften für längere Zeit zu pflegen, so hatte doch von ihrer Schulzeit, aus Geschichten und Büchern her, das Idol der Freundschaft in ihrem Kopfe gespukt, sollte sie bei ihrer weltanschaulichen Unklarheit auch weiterhin, daß die Freundschaft von jeher mehr nur eine immer wiederkehrende Hoffnung, aber ein trügerisches Idol gewesen sei. Ihre Existenz mehr in der lyrischen Dichtung und schwärmerischen Poesie, als in der gesellschaftlichen Wirklichkeit geführt habe. Sie sollte sie wissen, daß sich der Bürger gerade deshalb am Sonntag und Sonntags in einer harmonischen Freundschaft ausruhen, weil er tagsüber sich am Kampf aller gegen alle praktisch beteiligt und dabei darauf angewiesen ist, den anderen Menschen zu übervorteilen, zu bedrücken und zu betrügen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260823-10/fragment/page=0008